

Mieczysław B. Markowski  
Regina Renz

## ARBEITGEBERORGANISATIONEN IN INDUSTRIE, HANDWERK UND HANDEL IN DEN JAHREN DER ZWEITEN POLNISCHEN REPUBLIK (AM BEISPIEL DER WOJEWODSCHAFT KIELCE)

### INDUSTRIELLENORGANISATIONEN

Die Erforschung der außerwirtschaftlichen Tätigkeit der Industriellen und Verwalter privater, staatlicher, kommunaler oder verschiedener institutions- und organisationseigener Kapitale gehört weder zu den einfachen noch dankbaren Aufgaben. Es fehlt nämlich an Unterlagen, die ihre soziale und politische Aktivität nachweisen würden. Selbst Memoiren sind im Falle von Vertretern dieser sozialen Gruppe – im Gegensatz zu Landbesitzern und zur Intelligenz – eher eine Seltenheit. Trotz allem ist bekannt, dass die polnische Bourgeoisie bedeutenden Anteil an der Entwicklung des National- und Staatsbewusstseins jener Teile der Gesellschaft hatte, auf die sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Einflüsse direkt einwirkte. Sie bezog auch Stellung hinsichtlich der Unabhängigkeit Polens und brachte ihre Position in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges zum Ausdruck, sie hatte einen Einfluss auf den Wiederaufbau aller Bereiche des wirtschaftlichen Lebens, wirkte an der Vorbereitung entsprechender Materialien für die Pariser Friedenskonferenz von 1919 und an dem Verlauf der Grenzen mit. Die bisherige Beurteilung der Bourgeoisie, die aus Klassenpositionen sowie der christlichen, in der Enzyklika *Rerum novarum* zur Sprache gebrachten Doktrin resultiert, sollte auch außer Acht gelassen werden. Ihr Wirkungsbereich war viel breiter – obwohl nicht immer bemerkbar und Anerkennung findend – als sich aus verstreuten und fragmentarischen Quellenüberlieferungen ergeben würde. Die Bourgeoisie hatte zwar keine eigene politische Partei ins Leben gerufen, aber auf ihre Vertreter trifft man in etlichen, von rechten bis hin zu linken Lagern. Selbst Paweł Geisenheimer, ein Vertreter der deutschen Industriellen und Funktionäre des Oberschlesischen Verbands der Industriellen des Bergbaus und Hüttenwesens (Górnośląski Związek Przemysłowców Górniczo-Hutniczych) stellte fest, dass die polnische Bourgeoisie

politisch hergesehen sehr uneinheitlich war.<sup>1</sup> Man erwähne nur, dass die Namen ihrer Vertreter auf den Wahllisten der Polnischen Bauernpartei „Piast“ (Polskie Stronnictwo Ludowe „Piast“, PSL „Piast“) (z.B. der Name des potenten Vertreters der Erdölindustrie, Władysław Długoszs), der Christlich-Demokratischen Partei Polens (Chadecja) sowie des Volks- und Nationalverbands (Związek Ludowo-Narodowy) standen, und dass nach dem Maiputsch Vertreter der hier besprochenen Gesellschaftsschicht infolge der Ernennung der Sanacja einen Sitz im Sejm und Senat (Unter- und Oberhaus des polnischen Parlaments) sowie der Regierung hatten. Zahlenmäßig bildeten sie dort zwar keine einheitliche und bedeutende Gruppe, doch ihre Wirkungskraft ergab sich nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus der Tatsache, dass sie über Finanzmittel verfügten oder diese verwalteten. Aus ihren Mitteln wurden die Kassen der Wahlfonds unterstützt, wobei die sog. Wirtschaftspresse, die verschiedenen freien Organisationen untergeordnet war, einen bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung der Richtungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates sowie anderer Bereiche ausübte. Außerdem entstammten im verfassungsgebenden Sejm am Ende dessen Legislaturperiode der Schicht der Industriellen und Kaufleute 13 Abgeordnete, infolge der Wahlen von 1922 stieg ihre Zahl bis hin zu 20 und im Jahre 1928 bis hin zu 21 Personen.<sup>2</sup> Abgesehen davon schlossen sie persönliche und politische Bündnisse mit den einen Sitz im Sejm und Senat habenden Vertretern der Landbesitzer und Technokraten, was ihre hier erwähnte Wirkungskraft noch zusätzlich verstärkte.

Eine große Rolle in der Auswirkung auf verschiedene Lebensbereiche spielten Organisationen, die Inhaber bzw. bevollmächtigte Vertreter von Firmen verschiedener Industrie- und Handelsbranchen zusammenschlossen. Das Hauptziel der Tätigkeit jener Organisationen war das Sorgen für individuelle, wie auch kollektive Belange der besprochenen Gesellschaftsschicht, die Gestaltung sowohl für sich, als auch das Land vorteilhafter Entwicklungsbedingungen für den jeweiligen Bereich des wirtschaftlichen Lebens, die Rationalisierung der Produktionsformen sowie die Vertretung des gesamten Milieus während der Gespräche mit Repräsentanten von Staat und Kommune und mit Gewerkschaften, die Arbeiterbelegschaften vereinten. Im Grunde können vier hauptsächliche Richtungen ihrer Tätigkeit unterschieden werden.

Die ersten Organisationen dieser Art begannen schon Ende des 19. Jahrhunderts zu entstehen und bis 1900 waren auf polnischem Boden bereits 7 freie Wirtschaftsverbände tätig. Bis zum Ersten Weltkrieg entstanden weitere 10. Die Kriegszeit war für die Organisationsaktivität der Industrie- und Handelskreise ungünstig. Man

---

<sup>1</sup> F. Biały, *Górnśląski Związek Przemysłowców Górniczo-Hutniczych 1914-1932* [Oberschlesischer Verband der Industriellen des Bergbaus und Hüttenwesens 1914-1932], Wrocław-Kraków 1967, S. 180.

<sup>2</sup> „Rocznik Statystyki RP” 1928 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 1928], Kap. IV, S. 460.

konzentrierte sich damals auf Tätigkeiten im Rahmen der Fürsorgekomitees, Hilfeleistungen im Dienste der Allgemeinheit und Vorbereitungen zum Wiederaufbau der Industrie aus den vom Krieg hinterlassenen Zerstörungen, sowie auf den Wiederaufbau des polnischen Staatswesens. Eine Belebung der Gründungsbewegung lässt sich erst in den Jahren 1919-1922 und 1927-1932 feststellen. In den genannten Zeitabschnitten wurden jährlich jeweils zwischen 10 und 20 Organisationen ins Leben gerufen, die Arbeitgeber verschiedener Branchen und Regionen vereinigten. Es lässt sich ohne weiteres bemerken, dass die Entstehung der Arbeitgeberorganisationen gerade in den schwierigen Zeiten der Gestaltung des wirtschaftlichen Antlitzes des Landes und der Ordnung sozialer Verhältnisse eine Steigerung erfuhr. In Warszawa waren insgesamt ca. 400 solcher Organisationen registriert. Es stellt sich heraus, dass von den 212 Verbänden, die einer genaueren Analyse unterzogen wurden und Vertreter der Industrie und des Finanzwesens zusammenschlossen, in finanziellen Institutionen z.B. 9 tätig waren, in der Kohleindustrie – 10, in der Erdölindustrie – 3, in der Montanindustrie – 5, in der Elektrotechnik, Maschinen- und Metallindustrie – 9, in der Mineral- und Bauindustrie – 18, in der Textil- und Konfektionsindustrie – 22, in der Holzindustrie – 11 usw.<sup>3</sup> Innerhalb jeder dieser Industrie- und Handelsbranchen können Spitzenorganisationen unterschieden werden, die sich bemühten, auf andere, weniger bedeutende, da Industrielle aus kleineren Betrieben vereinigende Verbände, Einfluss zu nehmen. Beispielsweise war die wichtigste, im Milieu der Hochfinanz tätige Organisation – der Polnische Bankenverband (*Związek Banków w Polsce*), in der Metallindustrie – der Polnische Metallindustriellenverband (*Polski Związek Przemysłowców Metalowych*), der über 300 Fabriken vereinigte und 13 Filialen in den einzelnen Industrieregionen und -zentren hatte, im Bergbau und Hüttenwesen – der Versammlungsrat der Industriellen des Bergbaus und Hüttenwesens *Dąbrowa Górnicza* (*Rada Zjazdu Przemysłowców Górniczo-Hutniczych w Dąbrowie Górniczej*), in der Textilindustrie – der Verband der Faserindustrie im Staat Polen (*Związek Przemysłu Włóknistego w Państwie Polskim*) und der Landestextilverband (*Krajowy Związek Włókienniczy*), in der Chemieindustrie – der Verband der Chemischen Großindustrie (*Związek Wielkiego Przemysłu Chemicznego*). Beachtenswert sind auch Organisationen, die Inhaber und Vertreter von industriellen Multibranchenbetrieben der einzelnen Regionen vereinten. Zu den ältesten gehört

---

<sup>3</sup> „Rocznik Polskiego Przemysłu i Handlu” 1934 [Jahrbuch für Polnische Industrie und Handel 1934], [Warszawa 1934]; *Organizacje gospodarcze w Polsce. Wykłady wygłoszone w listopadzie 1933 r. na kursach naukowych dla służby zagranicznej przez p. Józefa Jakubowskiego – dyrektora Izby Przemysłowo-Handlowej w Warszawie. Maszynopis powielany* [Wirtschaftsorganisationen in Polen. Vorträge, die im November 1933 von Józef Jakubowski, dem Direktor der Industrie- und Handelskammer in Warszawa, im Rahmen der wissenschaftlichen Kurse für den Auslandsdienst gehalten wurden. Fotokopiertes maschinenschriftliches Manuskript]; *Organizacje gospodarcze w Polsce* [Wirtschaftsorganisationen in Polen], unter der Leitung v. R. Berner, Warszawa 1939.

der im Jahre 1902 in Lwów entstandene Zentralverband der Industriellen (Centralny Związek Przemysłowców), in dem sich Fabrikanten aus Ost-Kleinpolen zusammenschlossen. Abgesehen davon vertrat er in der Zwischenkriegszeit zwei selbstständige Verbände, d.h. den Kleinpolnischen Mühlenverband in Lwów (Małopolski Związek Młynów we Lwowie) und den Verband der Keramikindustriellen Ost-Kleinpolens (Związek Przemysłowców Ceramicznych Małopolski Wschodniej). Er hatte seine Vertretung in Warszawa.<sup>4</sup> In dem besprochenen Landesteil waren außerdem noch solche Organisationen der hauptsächlich in der Erdölbranche tätigen Arbeitnehmer aktiv, wie: der Verband Polnischer Arbeitgeber Lwów (Związek Polskich Pracodawców we Lwowie), der Verband Polnischer Mineralölhersteller und -raffineure Lwów (Związek Polskich Producentów i Rafinerów Olejów Mineralnych we Lwowie), der Verband Reiner Erdölhersteller Lwów (Związek Czystych Producentów Ropy we Lwowie) und der Landesverein für Erdöl (Krajowe Towarzystwo Naftowe).<sup>5</sup> Auf dem Gebiet des ehemaligen österreichischen Teilungsgebiets gab es außerdem noch den Industriellenverband Kraków (Związek Przemysłowców w Krakowie), zu dem 12 Branchenorganisationen jener Gegend und der typisch regionale Verband der Industriellen aus Bielsko und Umgebung (Związek Przemysłowców Bielska i Okolicy) gehörten.<sup>6</sup>

Im preußischen Teilungsgebiet wurde im September 1910 von dortigen polnischen Industriellen und Politikern der Fabrikantenverband im Deutschen Reich (Związek Fabrykantów na Rzeszę Niemiecką) mit Sitz in Poznań ins Leben gerufen, dessen damaliges Ziel in der Selbstverteidigung gegen die Expansion und Konkurrenz der deutschen Wirtschaft bestand und später in dem Aufkaufen und der Übernahme der ehemals deutschen Industrie- und Handelsfirmen lag. Für diesen Zweck hatte der Verband, die Kapitulation Deutschlands und den Wiederaufbau der Unabhängigkeit Polens ahnend, bereits im Jahre 1916 angefangen, Geldmittel zu sammeln, was die spätere Übernahme vieler, sich sowohl in deutschen als auch jüdischen Händen befindender Firmen aus den Gebieten von Großpolen, Pommern und Gdańsk ermöglichte.<sup>7</sup> Er unterstützte auch die Gründung neuer Firmen mit rein polnischem Kapital. Gleichzeitig jedoch sprach sich der Verband gegen eine vorzeitige und mechanische Wirtschaftsuniformierung von Großpolen mit den anderen Provinzen des Landes aus. In Anbetracht der ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Regionen ging er nämlich von der Annahme aus,

<sup>4</sup> Państwowe Centralne Archiwum Historyczne we Lwowie [Zentrales Historisches Staatsarchiv in Lwów], Foliant 1, op. 18, zb. 2200, Bg. 83.

<sup>5</sup> *Organizacje gospodarcze w Polsce. Wykłady...* [Wirtschaftsorganisationen in Polen. Vorträge...], S. 37-40.

<sup>6</sup> Ebd., S. 37.

<sup>7</sup> *Księga pamiątkowa Związku Fabrykantów. Towarzystwa zapisanego w Poznaniu oraz sprawozdanie z czynności za czas od 1 stycznia 1934 r. do 30 września 1935* [Gedenkbuch des Fabrikantenverbands. Eines in Poznań eingeschriebenen Vereins sowie der Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1934 bis 30. September 1935], Poznań 1935, S. 28-29.

dass die wirtschaftliche Vereinigung nach solchen Regeln erfolgen sollte, die ihre bisherigen Errungenschaften sowie ihre Bedeutung und Spezyfik berücksichtigen würden. Er befürchtete, dass die auf zentraler Ebene gefällten wirtschaftlichen Entscheidungen die Wahrung der Interessen der großpolnischen Industrie nicht berücksichtigen werden. Während der Generalversammlung des Verbands, der am 15. April 1920 tagte, wurde eine Resolution verabschiedet, in der man feststellte: „Die wirtschaftliche Lage unserer Provinzen weicht bislang dermaßen stark von der Situation in den anderen Provinzen ab und unsere Regierung traf bis jetzt so wenige Maßnahmen, um jene Unterschiede wenigstens teilweise zu beheben, dass jegliche Unifizierungsabsichten gerade in diesem Moment vorzeitig sind, da sie katastrophale Folgen haben können“.<sup>8</sup> Dieser Standpunkt stieß auf eine entschlossene Reaktion der großindustriellen Kreise des ehemaligen Königreichs Polen. Den Vertretern des Wirtschaftslebens in Großpolen wurde das Aufrechterhalten des Separatismus und lokaler Partikularismus vorgeworfen. Man schrieb: „In breiten Massen sollte der Sinn für lokalen Egoismus ausgerottet werden, der tiefe Wurzeln geschlagen hat und aus dem Annahmen abgeleitet werden, die häufig sowohl in ihrem Grundsatz als auch den Schlüssen gleich falsch sind“.<sup>9</sup> Allmählich wurde die Aktivität jener Organisation immer weniger erfolgreich und andere Verbände fingen an, ihre Funktionen zu übernehmen. Eine ähnliche Abschwächung der Aktivität verzeichnete auch der Fabrikantenverband Bydgoszcz (*Związek Fabrykantów w Bydgoszczy*) und der Industriellenverband Włocławek (*Związek Przemysłowców we Włocławku*). Die sich verändernden ökonomischen Bedingungen der polnischen Wirtschaft und vor allem die große Krise der Zeit um die Wende von den 20er zu den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts übten einen negativen Einfluss auf die Tätigkeit vieler Arbeitgeberorganisationen aus. Ihre Zahlenstärke sank und ihre Aktivität ließ nach, was eine Folge der Firmenkonkurse war. Eine eindeutig dominierende Rolle spielte im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet der Oberschlesische Verband der Industriellen des Bergbaus und Hüttenwesens (*Górnośląski Związek Przemysłowców Górniczo-Hutniczych*), der 1914 ins Leben gerufen wurde und vor allem Verwalter des deutschen Kapitals vereinte. Nach 1922 musste er, nicht ohne Mühe und politische Komplikationen, seine Einstellung zur Zusammenarbeit mit der Regierung wandeln und sich polnischen Wirtschaftsentscheidungen unterordnen. Er unternahm Versuche, einen Wirtschaftsverein zu gründen, in dem sich Arbeitgeber aus den ehemaligen preußischen und österreichischen Teilungsgebieten zusammenschließen würden.<sup>10</sup> Ähnlich wie der Fabrikantenverband aus Poznań (*Związek Fabrykantów z Poznania*) stand auch er auf dem Standpunkt der wirtschaftlichen Einigkeit Polens, diese jedoch sollte etappenweise, unter Berücksichtigung der Spezifik der Industrieentwicklung in den einzelnen Provinzen und

<sup>8</sup> „Przegląd Gospodarczy“, 1920, Nr. 3.

<sup>9</sup> „Przegląd Gospodarczy“, 1920, Nr. 4.

<sup>10</sup> Vgl. F. Biały, *Górnośląski Związek...* [Oberschlesischer Verband...], passim.

ohne staatliche Eingriffe in den Bereich der Wirtschaft zustande kommen. Zusammen mit der sog. Krakauer Schule der Wirtschaftswissenschaftler, die von Prof. Adam Krzyżanowski geleitet wurde, sprach er sich für die Entwicklung einer liberalen, sich auf Regeln der Wahrung der Gesetze des Marktes stützenden Wirtschaft aus. Auf die Initiative jener Organisation geht die Gründung der Anfang 1927 ins Leben gerufenen Hauptorganisation der Vereinigten Industrie und Landwirtschaft Westpolens (Naczelna Organizacja Zjednoczonego Przemysłu i Rolnictwa Zachodniej Polski) mit Sitz in Katowice und Poznań zurück, deren Vorsitzender der Präsident des Zuckerkartells Józef Żychliński wurde, der zu der reichsten Gruppe der polnischen Finanzoligarchie gehörte. Diese neue Organisation war eine Fortsetzung der 1925, wiederum auf Anregung des Oberslesischen Verbands (Związek Górnośląski) gegründeten Vereinigung unter dem Namen Allianz der West- und Südpolnischen Industrie (Porozumienie Przemysłu Zachodniej i Południowej Polski), an dem Wirtschaftskreise aus Kraków, Ober- und Teschener Schlesien, Großpolen und Pommern beteiligt waren.

Aus den angeführten Tatsachen ergibt sich, dass die Arbeitgeber aus West- und zum Teil auch Südpolen, die hauptsächlich die Rohstoffindustrie vertraten, vor allem in den 20er Jahren der Zwischenkriegszeit einen Einfluss auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik Polens zu nehmen versuchten. Diesem Einfluss entzogen sich Arbeitgeber aus dem Gebiet des ehemaligen Königreichs Polen. Die bedeutendste freie Organisation der hiesigen Arbeitgeber war anfangs der 1914 ins Leben gerufene Industriellenverein des Königreichs Polen (Towarzystwo Przemysłowców Królestwa Polskiego), der vor allem die weiterverarbeitende Industrie vertrat. Auf seine Initiative geht das am 21. Januar 1918 stattgefundene Treffen der Vertreter solcher Arbeitgeberorganisationen zurück, wie: Versammlungsrat der Industriellen des Bergbaus (Rada Zjazdu Przemysłowców Górniczych), Sektion der Faserindustrie der Region Łódź (Sekcja Przemysłu Włóknistego Okręgu Łódzkiego), Gewerkschaft der Zuckerindustrie des Königreichs Polen (Związek Zawodowy Cukrownictwa Królestwa Polskiego), Berufsverein der Industriellen des Königreichs Polen (Stowarzyszenie Zawodowe Przemysłowców Królestwa Polskiego) und Industriellenverein des Königreichs Polen (Towarzystwo Przemysłowców Królestwa Polskiego). Während dieses Treffens wurde eine umfangreiche Erklärung bezüglich des Wiederaufbaus des Polnischen Staates in seinen ethnischen Grenzen abgegeben, der alle von Polen bewohnten Gebiete umfassen, einen Zugang zum Meer haben und eine vom demokratisch gewählten Sejm bestimmte Gesellschaftsordnung aufweisen sollte. Gleichzeitig verurteilten sie das Fehlen eines Vertreters Polens bei den zwischen Deutschland und der Ukraine in Brześć geführten Gesprächen.<sup>11</sup> Man unternahm auch den Versuch, die Arbeitgeber-

---

<sup>11</sup> Lwowska Naukowa Biblioteka im. W. Stefanika [Wissenschaftliche Stefanik-Bibliothek in Lwów], Teki Łempickich [Mappen der Familie Łempicki], Foliant 5, op. 6910, S. 335-341.

organisationen aus allen drei Teilungsgebieten zu vereinigen. Anfangs endete dies mit einem Misserfolg. Erst während des Treffens der Vertreter von 30 Organisationen sowie Industrie- und Handelskammern, das am 14. und 15. Dezember 1919 in Warszawa stattgefunden hatte, kam es zu deren Vereinigung und Gründung einer starken Organisation unter dem Namen Zentralverband der Polnischen Industrie, des Bergbaus, Handels und Finanzwesens (Centralny Związek Polskiego Przemysłu, Górnictwa, Handlu i Finansów), der später allgemein Lewiatan genannt wurde.<sup>12</sup> Jener neuen Organisation gehörten 17 Verbände aus dem ehemaligen russischen, 5 aus dem preußischen und 3 aus dem österreichischen Teilungsgebiet sowie die Industrie- und Handelskammern aus Kraków, Lwów, Brody, Bielsko und Poznań an.<sup>13</sup> In den späteren Jahren schloss Lewiatan ca. 40 Organisationen zusammen. Manche veränderten ein wenig ihren Namen und Tätigkeitsbereich, aber alle vertraten solidarisch die Interessen der Arbeitgeber. Außerhalb des Verbands blieben Organisationen, die einen geringeren Brancheneinfluss und einen typisch regionalen Charakter hatten.

Lewiatan wurde kurz danach in die im Jahre 1920 gegründete Internationale Organisation der Industriearbeitgeber aufgenommen, die die Interessen der Arbeitgeber in den Organen der Internationalen Arbeitskonferenz beim Völkerbund vertrat. Er repräsentierte auch die polnischen Arbeitgeber in der im Jahre 1920 in

<sup>12</sup> J. Holzer, *Powstanie Lewiatana* [Die Entstehung des Lewiatan], „Zeszyty Historyczne UW”, Bd. II, Warszawa 1961, S. 81; „Przegląd Gospodarczy”, 1920, Nr. 1; „Przemysł i Handel”, 1920, Nr. 1.

<sup>13</sup> 13 Das waren: Industriellenverein des Königreichs Polen (Towarzystwo Przemysłowców Królestwa Polskiego), Versammlungsrat der Industriellen des Bergbaus (Rada Zjazdu Przemysłowców Górniczych), Verband der Textilindustrie im Staat Polen (Związek Przemysłu Włókienniczego w Państwie Polskim), Gewerkschaft der Zuckerfabriken des Königreichs Polen (Związek Zawodowy Cukrowni Królestwa Polskiego), Polnischer Verband der Gerberindustriellen (Polski Związek Przemysłowców Garbarzy), Berufsverein der Metallindustriellen des Königreichs Polen (Stowarzyszenie Zawodowe Przemysłowców Metalowych Królestwa Polskiego), Verband Polnischer Papierfabriken (Związek Papierni Polskich), Berufsverein der Bauindustriellen des Königreichs Polen (Stowarzyszenie Zawodowe Przemysłowców Budowlanych Królestwa Polskiego), Industriellenverein des Dombrowaer Kohlenbeckens (Towarzystwo Przemysłowców Zagłębia Dąbrowskiego), Verband Polnischer Kraftwerke (Związek Elektryczny Polskich), Verband der Stärkefabrikanten (Związek Krochmalników), Verband der Brauereieinhaber in Polen (Związek Właścicieli Browarów w Polsce), Polnischer Verein der Destillateure und Fabrikanten von Wodkas und Likören (Polskie Zrzeszenie Destylatorów oraz Fabrykantów Wódek i Likierów), Verein Polnischer Kaufleute (Stowarzyszenie Kupców Polskich), Versammlung der Kaufleute der Hauptstadt Warszawa (Zgromadzenie Kupców m. st. Warszawy), Warschauer Börsenkomitee (Komitet Giełdowy Warszawski), Polnischer Bankenverband (Związek Banków w Polsce), Landesverein für Erdöl (Krajowe Towarzystwo Naftowe), Zentralverband der Fabrikindustrie in Galizien (Centralny Związek Galicyjskiego Przemysłu Fabrycznego), Verband der Industriellen aus Bielsko Biała und Umgebung (Związek Przemysłowców Bielska Białej i Okolicy), Bankenverband Poznań (Związek Banków w Poznaniu), Fabrikantenverband Poznań (Związek Fabrykantów w Poznaniu), Verband der Kaufmannsgesellschaften Poznań (Związek Towarzystw Kupieckich w Poznaniu), Verband der Kartoffelproduktinteressenten Poznań (Związek Interesantów Przetworów Ziemniaczanych w Poznaniu), Verband Polnischer Portland-Cement-Fabriken (Związek Polskich Fabryk Portland Cementu), sowie die Industrie- und Handelskammern der genannten Städte.

Paris ins Leben gerufenen Internationalen Handelskammer.<sup>14</sup> 1923 gehörten ihr 33 Staaten an, von denen 18, darunter auch Polen, ihre Nationalkomitees hatten.<sup>15</sup> Im Inland dagegen beteiligte sich Lewiatan aktiv an der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes. Seine Abgesandten gehörten allen bei den einzelnen Ministerien ins Leben gerufenen Beratungsgremien an, in denen die Entwürfe von Gesetzen, Dekreten und Verfügungen vorbereitet wurden. Die wichtigste Rolle spielte nach Meinung der Industriellen der am 7. November 1919 gegründete Industrie- und Handelsrat beim Ministerium für Industrie und Handel (Rada Przemysłowo-Handlowa przy Ministerstwie Przemysłu i Handlu).<sup>16</sup> Ähnliche Räte, in denen Lewiatan-Vertreter mitwirkten, wurden bei anderen Ministerien ins Leben gerufen. Am 19. Juli 1921 wurde der Handwerksrat (Rada Rzemieślnicza) gegründet.

Negativ bewertet wurden in der Regel Entwürfe aus dem Bereich des Arbeitsrechts und unbegründeter, laut Lewiatan, Forderungen der Arbeitnehmer. Attackiert wurde hauptsächlich der Achtstundentag, das Gesetz über Erholungsurlaube, die Versuche, Arbeitern einen Einfluss auf die Tätigkeit der Betriebe zu gewähren, das Zugestehen einiger Rechte jugendlichen Arbeitnehmern und Frauen, die Arbeitsvermittlung, die Bekämpfung von und Vorbeugung gegen Berufskrankheiten usw.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> *Sprawozdanie Centralnego Związku Polskiego Przemysłu, Górnictwa, Handlu i Finansów z działalności w roku 1927* [Tätigkeitsbericht des Zentralverbands der Polnischen Industrie, des Bergbaus, Handels und Finanzwesens für das Jahr 1927], Warszawa 1928, S. 42.

<sup>15</sup> *Sprawozdanie Centralnego Związku... z działalności za 1923* [Tätigkeitsbericht... für das Jahr 1923], Warszawa 1924, S. 26.

<sup>16</sup> Dieser bestand aus Abgesandten solcher sozial-wirtschaftlichen Organisationen, wie: Zentralverband der Polnischen Industrie, des Bergbaus, Handels und Finanzwesens (CZPPGHiF) – Władysław Kiślański, Stanisław Lubomirski, Julian Tołłoczko, Władysław Pfeiffer, Tadeusz Kociatkiewicz; Industriellenverein des Königreichs Polen (Towarzystwo Przemysłowców Królestwa Polskiego) – Andrzej Wierzbicki, Tadeusz Popowski, Edward Natanson; Versammlungsrat der Industriellen des Bergbaus und Hüttenwesens (Rada Zjazdu Przemysłowców Górniczo-Hutniczych) – Stanisław Skarbiński; Verband der Chemischen Großindustrie (Związek Wielkiego Przemysłu Chemicznego) – Edmund Trepka; Verband der Faserindustrie in der Republik Polen (Związek Przemysłu Włóknistego w RP) – Maurycy Poznański; Landestextilverband (Krajowy Związek Włókienniczy) – E. Babiacki; Verein Polnischer Kaufleute (Stowarzyszenie Kupców Polskich) – Bogusław Herse; Obmänneramt der Kaufmannsversammlung (Urząd Starszych Zgromadzenia Kupców) – Jakub Herman; Bankenverband (Związek Banków) – Henryk Szampanier; Komitee der Warschauer Börse (Komitet Giełdy Warszawskiej) – Kazimierz Natanson; Zentralabteilung Landwirtschaftlicher Organisationen (Centralny Wydział Organizacji Rolniczych) – Jan Gościcki; Verband Landwirtschaftlicher Zirkel (Związek Kółek Rolniczych) – R. Wasilewski; Zentralverband der Industriellen in Lwów (Centralny Związek Przemysłowców we Lwowie) – Robert Battaglia; Landesverein für Erdöl (Krajowe Towarzystwo Naftowe) – Marian Szydłowski; Fabrikantenverband Poznań (Związek Fabrykantów w Poznaniu) – K. Antoniewicz; Verband der Kaufleute Poznań (Związek Kupców w Poznaniu) – Aleksander Thomas sowie Industrie- und Handelskammern aus Lwów – Tadeusz Epstein, Kraków – Fedor Weinschenk, Bielsko – S. Rittel, Poznań – Kazimierz Hącia. Vgl. „Przemysł i Handel”, 1920, H. 2; 1922, H. 10.

<sup>17</sup> *Sprawozdanie Centralnego Związku... z działalności za 1923 r.* [Tätigkeitsbericht... für das Jahr 1923], Warszawa 1923, S. 13; „Przegląd Gospodarczy”, 1922, Nr. 3.



Am deutlichsten wurde die Aktivität der Arbeitgeber im Bereich der Bewertung und Einwirkung auf die Entscheidungen des Sejms und der Regierung nach dem Maiputsch zur Geltung gebracht. In jener Zeit übte man Kritik an der geringen Effektivität der bei den einzelnen Ministerien tätigen Beratungsräte, in denen Vertreter des Lewiatan saßen. Das hatte zur Folge, dass ihren Platz die beim Wirtschaftskomitee des Ministerrates (Komitet Ekonomiczny Rady Ministrów) ins Leben gerufene Beratungskommission (Komisja Opiniodawcza) unter der Leitung des Generaldirektors des Lewiatan, Andrzej Wierzbicki, einnahm. Sie bildete nicht nur ein Diskussionsforum zu wirtschaftlichen und sozialen Themen, sondern ermöglichte es hauptsächlich auch, von der Regierung die Realisierung der vorgebrachten Postulate zu erzwingen. Abgesehen von Gründen politischer Natur, die mit der Absicht des neuen Regierungslagers, die Industrie- und Handelskreise für sich zu gewinnen, verbunden waren, hatte die Gründung des Wirtschaftskomitees (Komitet Ekonomiczny) und der genannten Beratungskommission (Komisja Opiniodawcza) zur Folge, dass den industriellen Kreisen weitere wichtige Rechte zugestanden wurden.<sup>18</sup> Man erwähne nur, dass im Jahre 1927 Lewiatan 60 Gesetzentwürfe und Fälle aus dem wirtschaftlichen und sozialen Bereich bewertete. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik wurden meistens einzelne Teile von Vorlagen oder gar ganze Entwürfe negativ bewertet, die solche Probleme betrafen, wie Arbeitsgerichte, Arbeitsverträge von Arbeitern, die Vereinigung der Sozialversicherungen, die Versicherung der Geistesarbeiter, Tarifverträge, den Schutz des Arbeitmarktes, den Lebens- und Gesundheitsschutz der Arbeitenden, das Verbot der Nachtarbeit bei der Herstellung von Backwaren und andere.<sup>19</sup> Nach Mai 1926 konnte in Polen eigentlich nichts ohne Wissen und Einverständnis der Industrie- und Handelskreise geschehen. Man kann auch weitere Unifizierungstendenzen der Arbeitgeberorganisationen beobachten. Außer der Gründung im Jahre 1927 der bereits erwähnten Hauptorganisation der Vereinigten Industrie und Landwirtschaft West- und Südpolens (Naczelna Organizacja Zjednoczonego Przemysłu i Rolnictwa Zachodniej i Południowej Polski), kam es zu zahlreichen Kontakten – darunter auch während der Sitzungen der Beratungskommission (Komisja Opiniodawcza) – zwischen Vertretern der wichtigsten Arbeitgeberorganisationen. Während der Treffen und Gespräche kam man auf die Frage der Vereinigung zumindest der wichtigsten Organisationen zurück. Dieser Angelegenheit sollten auch die Besuche der Lewiatan-Leitung in Kraków und Schlesien dienen, während deren die zwischen den einzelnen Organisationen bestehenden Widersprüche, die – wie sich herausstellte – entweder gar nicht existierten, oder sich leicht beheben ließen, aufgeklärt wurden. Infolge von diesen Verhandlungen wurde eine Basis für die Vereinigung des

---

<sup>18</sup> *Sprawozdanie Centralnego Związku... z działalności w 1927 r.* [Tätigkeitsbericht... für das Jahr 1927], Warszawa 1928, S. 17-18.

<sup>19</sup> Ebd., S. 18-41.

Industriellenverbands Kraków (Związek Przemysłowców w Krakowie) mit Lewiatan geschaffen. Man nahm auch die Zusammenarbeit mit der Hauptorganisation der Vereinigten Industrie (Naczelna Organizacja Zjednoczonego Przemysłu) auf. Es blieb nur noch die Frage der Fortsetzung der Vereinigungsgespräche mit dem Oberschlesischen Verband (Związek Górnośląski). Der Ausbruch der Wirtschaftskrise beschleunigte die Unifizierungstendenzen und nach den Verhandlungen, die im Juni 1931 in Zakopane stattfanden, kam man zur Entscheidung, die drei zu jener Zeit wichtigsten Arbeiterorganisationen zu einer, unter dem Namen Zentralverband der Polnischen Industrie (Centralny Związek Przemysłu Polskiego) zusammenzuschließen. Die Vereinigung erfolgte im Jahre 1932. In demselben Jahr wurde auch infolge der Vereinigung der Industriellen des Bergbaus und Hüttenwesens im Dombrowaer Kohlenbecken, Krakauer Kohlenbecken und Schlesischen Kohlenbecken die Union der Polnischen Montanindustrie (Unia Polskiego Przemysłu Górniczo-Hutniczego) mit Sitz in Katowice gegründet.<sup>20</sup> Dadurch stieg die Einwirkungskraft der Industrie- und Handelskreise auf die Machtzentren bezüglich der Realisierung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Postulate.

Jene Wirkungsbreite kann am Beispiel der Tätigkeit mancher regionalen Organisationen, die Industrielle verschiedener Branchen zusammenschlossen, sowie Mischorganisationen verfolgt werden, in denen Vertreter des lokalen Kapitals – zumeist des Kleinkapitals – mit Handel und Handwerk zusammenarbeiteten.

Auf dem Gebiet der Wojewodschaft Kielce, das hinsichtlich der Industrieentwicklung in der Zeit der Zweiten Polnischen Republik den dritten Platz einnahm, wurden ebenfalls Arbeitgeberorganisationen gegründet, die einen Einfluss auf die lokalen Verwaltungsorgane ausübten und die Arbeitsverhältnisse regelten. Zu den ältesten Organisationen dieser Art gehörte der am 2. August 1914 ins Leben gerufene Industriellenverein des Dombrowaer Kohlenbeckens (Towarzystwo Przemysłowców Zagłębia Dąbrowskiego). In der Zeit des Ersten Weltkriegs wies er eigentlich keine bemerkbare Tätigkeit auf. Erst nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit unternahmen Industrielle Dombrowaer Kohlenbeckens schnellstens Anstrengungen, um ihn zu reaktivieren. Anfangs fungierte er unter dem Namen Verband Polnischer Industrieller Sosnowiec (Związek Polskich Przemysłowców w Sosnowcu), der seinen nationalen Charakter unterstreichen und nur einen Teil der Industriebetriebe der Kreisgebiete Będzin und Olkusz vereinigen sollte. Außerhalb des Verbands blieben damals große Unternehmen mit gemischtem Aktienkapital. Das neue Statut, das von der Initiativgruppe, zu der Stanisław Ciechanowski, Kazimierz Gayczak, Dr. Artur Likiernik, Jan Meyerhold und Stanisław Skarbiński gehörten, aufgestellt wurde, berücksichtigte die komplizierte Lage der Industrie des

---

<sup>20</sup> F. Biały, *Górnośląski Związek...* [Oberschlesischer Verband...], passim; J. Kofman, *Lewiatan a podstawowe zagadnienia ekonomiczno-polityczne Drugiej Rzeczypospolitej* [Lewiatan und ökonomisch-politische Grundfragen der Zweiten Polnischen Republik], Warszawa 1986, passim.

Dombrowaer Kohlenbeckens, d.h. ihre Verschiedenheit hinsichtlich der Branchen, Nationalitäten und Kapitale. Aufgrund der Vorschriften des Dekrets vom 3. Januar 1919 wurde er im Jahre 1921 unter dem Namen Industriellenverein des Dombrowaer Kohlenbeckens (Towarzystwo Przemysłowców Zagłębia Dąbrowskiego) eingetragen und gehörte – als zweite freie Wirtschaftsorganisation aus dem Gebiet der Wojewodschaft Kielce – dem Lewiatan an.<sup>21</sup> Zwar umfasste ihr Wirkungsbereich den westlichen Teil der Wojewodschaft Kielce, doch laut Statut war der ganze polnische Staat ihr Tätigkeitsgebiet. Vorstandsvorsitzender war in der gesamten Zwischenkriegszeit Dr. Artur Likiernik.

Es gelang nicht, das Gründungsdatum der womöglich ältesten hiesigen Arbeitnehmerorganisation, d.h. des Versammlungsrats der Industriellen des Bergbaus (Rada Zjazdu Przemysłowców Górniczych) festzulegen, der dem Lewiatan von dessen Gründung an angehörte und dessen Vertreter, Witold Graf Sagajłło, die polnischen Industriellen in der Internationalen Arbeitgeberorganisation repräsentierte.

Dem Industriellenverein des Dombrowaer Kohlenbeckens (Towarzystwo Przemysłowców Zagłębia Dąbrowskiego) traten zu jener Zeit fast alle größeren auf diesem Gebiet tätigen Industrieunternehmen bei. Laut Statut verfügte jeder Betrieb – je nach Zahl der beschäftigten Arbeiter und erworbenem Industrieschein – über eine entsprechende Stimmzahl. Kleinere Firmen waren zu einer Stimme berechtigt, größere dagegen – zu vier. Es überwogen jedoch Firmen mit drei Stimmen. 1927 gehörten dem Verein 52 Industriebetriebe an, die von 88 rechtlichen Vertretern repräsentiert wurden. Zur Zeit der Wirtschaftskrise sank die Mitgliederzahl und im Jahre 1931 gehörten dem Verein nur noch 39 große und mittlere Unternehmen aus eigentlich allen Industriebranchen des Dombrowaer Kohlenbeckens an. In Bezug auf die Zahl der Stimmen, die 1936 auf der Generalversammlung repräsentiert wurden, verfügten das Hüttenwesen und die Metallindustrie über 30 Stimmen und traten im Namen von 11 Firmen auf. Steinkohlenbergwerke wurden im Verein von den 7 größten Kohlengesellschaften vertreten, die 18 Stimmen hatten. Demnach verfügte die Montan- und Metallindustrie über 48 Stimmen, während Betriebe der übrigen Branchen, d.h. der Mineral-, Chemie-, Textil-, Elektro-, Papier- und Gummiindustrie sowie der Bank, 41 Stimmen zur Verfügung hatten.<sup>22</sup> Während der Generalversammlungen nahmen an der Sitzung entweder Firmeninhaber, oder von Gesellschaftsvorständen bevollmächtigte Personen teil. Der hier genannte Verein

---

<sup>21</sup> M.B. Markowski, *Oblicze polityczne sfer przemysłowych w województwie kieleckim w latach 1918-1939* [Das politische Antlitz der industriellen Kreise in der Wojewodschaft Kielce in den Jahren 1918-1939], in: *Spoleczeństwo województwa kieleckiego wobec niepodległości 1918 roku* [Die Gesellschaft der Wojewodschaft Kielce angesichts der Unabhängigkeit von 1918], Kielce 1991, S. 195-216.

<sup>22</sup> Ebd.; Archiwum Państwowe w Kielcach (APK) [Staatsarchiv in Kielce], Urząd Wojewódzki Kielecki 1919-1939 (UWK/I) [Wojewodschaftsamt Kielce], Signatur 12938, S. 67.

spielte die größte Rolle im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Wojewodschaft Kielce. Er delegierte seine Vertreter in den Eisenbahnrat (Rada Kolejowa) bei der Warschauer Leitung der Polnischen Staatseisenbahnen (Dyrekcja Warszawska PKP), in die Statistikkommission des Dombrowaer Kohlenbeckens (Komisja Statystyczna na Zagłębie Dąbrowskie), den Bezirksvorstand des Arbeitslosenfonds Sosnowiec (Zarząd Obwodowy Funduszu Bezrobocia w Sosnowcu), die Wojewodschaftsschätzungskommission Sosnowiec (Wojewódzka Komisja Szacunkowa w Sosnowcu), das Wojewodschaftsberatungskomitee für Industrie und Handel Kielce (Wojewódzki Komitet Doradczy Przemysłowo-Handlowy w Kielcach), die Berufungskommission des Finanzamtes (Komisja Odwoławcza Izby Skarbowej), die Industrie- und Handelskammer Sosnowiec (Izba Przemysłowo-Handlowa w Sosnowcu) u.a.<sup>23</sup> Obwohl der Verein kein eigenes Presseorgan hatte, beeinflusste er über die lokale Presse („Express Zagłębia“, „Kurier Zachodni“) die Bildung der öffentlichen Meinung.

Das zweite hinsichtlich der Zahl der Industriebetriebe wichtige Wirtschaftszentrum war zu jener Zeit Częstochowa. Die dortigen Industrie- und Handelskreise unternahmen im Jahre 1920 den Versuch, eine eigene Organisation zu gründen. Dies war die Zeit der angespannten Verhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sowie einer intensiven kommunistischen Propaganda während des Krieges mit Sowjetrußland. Aus diesem Grunde gewann die Konsolidierung der Industriellen, ihrer Meinung nach, grundlegend an Bedeutung. Der Mangel an organisatorischen Erfahrungen, das Warten auf die Registrierung des neuen Statuts des Industriellenvereins des Dombrowaer Kohlenbeckens (Towarzystwo Przemysłowców Zagłębia Dąbrowskiego) und vor allem das Stabilisieren der gesellschaftlichen Lage verursachten jedoch, dass die Verwirklichung dieses Vorhabens auf einen späteren Zeitpunkt verlegt wurde. Abgesehen davon wurde der Entwurf des Statuts mehrmals ergänzt und korrigiert. Erst durch den Beschluss des Wojewoden von Kielce vom 4. Oktober 1929 wurde der Industriellenverein der Region Częstochowa (Towarzystwo Przemysłowców Okręgu Częstochowskiego) in das Register der Verbände und Vereine eingetragen. Ihm gehörten Betriebe aller in Częstochowa und Umgebung verzeichneten Branchen an und die Zahl der Mitglieder schwankte zwischen 20 und 35. Die Satzungsorgane bildeten sich erst im Jahre 1930. Vorsitzender des Verbandes wurde Leon de Hagen, der Direktor der Aktiengesellschaft der Textilindustrie Częstochowa (Towarzystwo Akcyjne Przemysłu Włókienniczego w Częstochowie) und hatte diese Funktion bis 1939 inne. Weitere Vorstandsmitglieder waren: Ing. Józef Zieliński, Dr. Bolesław Helman, Dr. Juliusz Schleider, Dr. Leopold Kohn, Roman Markowicz, Ing. Leon Jaworski, Stanisław Kaliniewicz.<sup>24</sup> Vermutlich wurde die verzögerte Registrierung des hier genannten

<sup>23</sup> APK, UWK/I, Signatur 12671, S. 113-114.

<sup>24</sup> „Rocznik Polskiego Przemysłu i Handlu“ 1934... [Jahrbuch für Polnische Industrie und Handel 1934...].

Vereins durch die frühere Gründung einer Mischorganisation verursacht, die Kleinindustrielle und -kaufleute vereinigte, und zwar des Vereins der Industriellen und Kaufleute Czeŝtochowa (Stowarzyszenie Przemyslowców i Kupców w Czeŝtochowie). Das Statut wurde am 29. September 1921 angenommen und es setzte sich u.a. „[...] die Annäherung der Industriellen und Kaufleute [...] und die Unterstützung der gegenseitigen Beziehungen zwischen ihnen“<sup>25</sup> zum Ziel. Ähnlich wie alle anderen Arbeitnehmerorganisationen war auch diese formell gesehen unpolitisch und parteilos. Der Verein stellte im Statut fest, dass „[...] auf Versammlungen politische Agitation unter keinen Umständen zugelassen ist“. Zwar waren seine Gründer vorwiegend jüdische Kaufleute und ihr Wirkungsbereich bezog sich nur auf dieses Milieu, doch die Tätigkeit des Vereins zeugt von einer Gemeinschaft sozialer und wirtschaftlicher Interessen der industriellen und kaufmännischen Kreise, unabhängig von deren konfessioneller und nationaler Zusammensetzung. Beide hier genannten Organisationen beteiligten sich an den Arbeiten der Wirtschaftsselbstverwaltung, d.h. der Industrie- und Handelskammer.

Viel früher hatten sich Industrielle auf dem Gebiet des Altpolnischen Industriegebietes organisiert. Die Initiative der Gründung solch einer Organisation ging von den Industriellen aus Radom aus. Dort nämlich gab es industrielle Traditionen, hauptsächlich im Bereich der Gerber- und Metallindustrie. Im Januar 1922 hatten bekannte Funktionäre und Inhaber von Industriebetrieben aus Radom und Ostrowiec, solche wie Dr. Zygmunt Klonowski, Jan Sasaki, Izrael Rozenberg, Józef Karsch und Witold Smyjewski, den Industriellenverein des Raumes Radom (Towarzystwo Przemyslowców Ziemi Radomskiej) ins Leben gerufen. Es lässt sich ohne Weiteres bemerken, dass sich unter den Gründern Vertreter der jüdischen Minderheit, polonisierte Fabrikanten evangelischer Konfession und Christen befanden. Im Jahre 1927 zählte der Verein 48 Mitglieder und den Vorstand bildeten W. Smyjewski (Vorsitzender), Z. Klonowski (stellvertretender Vorsitzender), J. Karsch, J. Sasaki, I. Rozenberg, Bolesław Narbutt, Elias Tenenbaum sowie Jerzy Cieński. Die Gründungszeit dieses Vereins fiel in die Jahre des Wiederaufbaus und der sich vertiefenden Entwertung der polnischen Währung. Aus diesem Grund kündigte man in erster Linie den Kampf um den Zugang zu einem billigen Kredit, der die bereits existierenden Industriebetriebe stärken sollte, die Steigerung der Arbeitsleistung, die Modernisierung der Produktionstechnik sowie den Kampf um die Senkung von Steuern und Sozialabgaben an. Laut Statut wurde großen Betrieben eine besondere Rolle zuteil, da sie jeweils einen Vertreter in die Vereinsleitung benennen konnten. Kleinere, bis zu 10 Personen anstellende Firmen mussten sich – um ihren Vertreter wählen zu können – zu Gruppen zusammenschließen. Die größten Betriebe des Altpolnischen Industriegebiets, d.h. die Gesellschaft der Ostrowiecer Hochöfen und Betriebe (Towarzystwo Wielkich Pieców i Zakładów

<sup>25</sup> APK, UWK/I, Signatur 12671, S. 191-197.

Ostrowieckich) sowie die Gesellschaft der Bergbaubetriebe Starachowice (Towarzystwo Starachowickich Zakładów Górniczych), wurden jedoch zur Teilnahme nicht eingeladen. Deshalb spielten Industrielle aus Radom, die jeweils einige Privatfirmen besaßen (Gierycz, Karsch), hier eine führende Rolle, obwohl sie nicht in der Leitung des erwähnten Vereins saßen.<sup>26</sup> Dieser führte eine ziemlich rege Tätigkeit, vor allem im Rahmen des Wojewodschaftsberatungskomitees für Industrie und Handel (Wojewódzki Komitet Doradczy Przemysłowo-Handlowy), in Finanz- und Magistratskommissionen, im Eisenbahnrat (Rada Kolejowa), in dem Bezirksarbeitslosenfonds (Okręgowy Fundusz Bezrobocia), in der Krankenkasse (Kasa Chorych), in dem Wojewodschaftsrat (Rada Wojewódzka) und in der Radomer Niederlassung der Industrie- und Handelskammer Sosnowiec (Izba Przemysłowo-Handlowa w Sosnowcu).

Die jüngste und der Zahl der Mitglieder nach zugleich kleinste Organisation industrieller Arbeitgeber in der Wojewodschaft Kielce war der Industriellenverein der Region Zawiercie (Towarzystwo Przemysłowców Okręgu Zawierciańskiego). Er nahm seine Tätigkeit am 1. Januar 1931 auf und vereinigte nur 14 Mitglieder. Seiner Leitung gehörten A. Steinhagen, A. Erbe, I. Banachiewicz, A. Brzozowski, A. Zieliński, M. Wróblewski und Z. Sowiński an, die zugleich die lokale Elite der Industriellen bildeten. Der Verein spielte keine größere Rolle im Leben der Wojewodschaft Kielce. Er beteiligte sich an den Wahlen zur Industrie- und Handelskammer Sosnowiec (Izba Przemysłowo-Handlowa w Sosnowcu).<sup>27</sup>

Die unternommenen Versuche, in Kielce die Tätigkeit des 1914 ins Leben gerufenen Clubs der Industriellen (Klub Przemysłowców) zu reaktivieren, endeten mit einem Fiasko. In Kielce gab es damals nämlich keine größeren Industriebetriebe, Inhaber kleinerer Industrie- und Handelsfirmen dagegen traten Branchen- und Handelsverbänden bei, die mit ihrer Tätigkeit das ganze Land umfassten. Das vom Club der Industriellen (Klub Przemysłowców) hinterlassene geringe Vermögen wurde je zur Hälfte dem Kinderhort des St.-Alexander-Krankenhauses und für Hilfeleistungen für Repatriierte übergeben.<sup>28</sup>

Außer den genannten wichtigeren Organisationen, die Industrielle der Wojewodschaft Kielce vereinigten, gab es noch 4 Branchenverbände mit Vorstandssitz in Kielce bzw. Sosnowiec, die kleinere Arbeitgeber zusammenschlossen. Dies waren der Berufsverein der Bauindustriellen Sosnowiec (Stowarzyszenie Zawodowe Przemysłowców Budowlanych w Sosnowcu), der 8 Mitglieder zählte, der Verein der Druckereihinhaber des Dombrowaer Kohlenbeckens Sosnowiec (Zrzeszenie

<sup>26</sup> Ebd., S. 209-210; M.B. Markowski, *Oblicze polityczne...* [Das politische Antlitz...], S. 198; APK, UWK/I, Signatur 13730; *Statut Towarzystwa Przemysłowców Ziemi Radomskiej* [Statut des Industriellenvereins des Raumes Radom], Radom 1928.

<sup>27</sup> APK, UWK/I, Signatur 12938, S. 76; „Rocznik Polskiego Przemysłu i Handlu” 1934... [Jahrbuch für Polnische Industrie und Handel 1934...].

<sup>28</sup> APK, Starostwo Powiatowe Kieleckie [Kreisstaroste (Landkreisamt) Kielce], Signatur 541.

Właściciele Drukarń Zagłębia Dąbrowskiego w Sosnowcu) mit 42 Mitgliedern, der Verband der Holzindustriellen und -händler der Wojewodschaft Kielce in Kielce (Związek Przemysłowców i Kupców Drzewnych woj. Kieleckiego w Kielcach) mit 82 Mitgliedern, und der Verband der Kerzenfabrikanten der Wojewodschaft Kielce in Kielce (Związek Fabrykantów Świecek woj. Kieleckiego w Kielcach) mit 6 Mitgliedern sowie Filialen zentraler Organisationen. Zu den wichtigeren, auf dem hier besprochenen Gebiet tätigen Filialen gehörten der Polnische Metallindustriellenverband (Polski Związek Przemysłowców Metalowych) mit 36 Mitgliedern, der Verband der Chemieindustrie der Republik Polen (Związek Przemysłu Chemicznego RP) mit 25 Mitgliedern, der Polnische Verband der Gerberindustriellen (Polski Związek Przemysłowców Garbarzy) mit 14 Mitgliedern, der Gesamtpolnische Verein der Sohlenlederfabrikanten (Ogólnopolskie Zrzeszenie Fabrykantów Skór Podeszwowych) mit 12 Mitgliedern und der Verband Polnischer Müller (Związek Młynarzy Polskich) mit 538 Mitgliedern. Am aktivsten waren zwei Filialen des Polnischen Metallindustriellenverbands (Polski Związek Przemysłowców Metalowych) – die Filiale des Raumes Radom und Kielce, sowie die für das Kohlenbecken. Aus den erwähnten Gebieten gehörten dem Verbandsrat im Jahre 1926 folgende Personen an: Czesław Galiński aus Skarżysko-Kamienna, Stanisław Kłosiewicz aus Stąporkowo, Józef Mirowski aus Sosnowiec, Leon Skibiński aus Białogon, Stanisław Starke aus Kielce und B. Veltuven aus Olkusz.<sup>29</sup> Die Aktivität der einzelnen Organisationen war äußerst verschieden. Manchen gelang es nicht, die sie beschäftigenden Probleme an andere Kreise zu tragen. Selbst das Wojewodschaftsamt beschwerte sich darüber, dass ihm ihre Tätigkeit unbekannt sei und dass es mit ihnen nicht einmal Kontakt aufnehmen könne, da die Vorstände keine festen Adressen hätten bzw. sich in Privatwohnungen ihrer Mitglieder befänden.

Es sollte noch auf die Tätigkeit der Mischorganisationen, die Kleinindustrielle und -kaufleute verschiedener Konfessionen vereinigten, hingewiesen werden. Zu solchen kann der 1925 gegründete Verein der Kaufleute und Industriellen der Stadt Sosnowiec (Stowarzyszenie Kupców i Przemysłowców m. Sosnowca) gerechnet werden. Wie im Statut festgestellt wurde, „[...] setzte sich die Organisation die Wahrung der Gesamtheit der wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnisse [...] und die Steigerung des beruflichen und intellektuellen Niveaus der vereinten Mitglieder zum Ziel“.<sup>30</sup> Ähnlich wie die restlichen Organisationen wählte er Vertreter in die

<sup>29</sup> „Przemysł Metalowy“, 1926, Nr. 25; *Sprawozdanie z działalności Polskiego Związku Przemysłowców Metalowych w 1937* [Tätigkeitsbericht des Polnischen Metallindustriellenverbands für das Jahr 1937]; „Przemysł Metalowy“, 1938, Nr. 12.

<sup>30</sup> APK, UWK/I, Signatur 12571, S. 283. Gründer des Vereins waren: Maurycy Meitlis – der Besitzer des Steinkohlenbergwerks „Orion“, Maurycy Reiner – Inhaber einer Drogenhandlung, Julian Kabak – Forstindustrieller, Oskar Szpigiel – Inhaber einer Drogenhandlung, Józef Saper – Forstindustrieller, Ludwik Rędowski – Spediteur, Stanisław Reznik – Besitzer einer Druckerei, Ludwik Filkelstein – Kaufmann, Dr. Adolf Ader – Bankfachmann.

Industrie- und Handelskammer Sosnowiec (Izba Przemysłowo-Handlowa w Sosnowcu) und beteiligte sich am Leben der Stadt.

Die Aktivität und Arbeitsrichtungen mancher genannten Organisationen können anhand einer Analyse der Sitzungsprotokolle des Wojewodschaftsberatungskomitees für Industrie und Handel Kielce (Wojewódzki Doradczy Komitet Przemysłowo-Handlowy w Kielcach) verfolgt werden. Der Vorschlag, solch ein Begutachtungs- und Beratungsorgan zu gründen, stammte von dem Wojewoden von Pommern. Vermutlich wollte er auf diese Art und Weise an die Initiative des Rektors der Posener Universität Heliodor Świącicki anknüpfen, der im Jahre 1921 die Gründung des Wirtschaftsrats Westpolens (Rada Gospodarcza Zachodniej Polski) initiierte und die Bildung ähnlicher Räte beim Ministerrat und ferner in allen Wojewodschaften postulierte.<sup>31</sup> Der erwähnte Wojewode von Pommern informierte in seinem an den Minister für Industrie und Handel gerichteten Schreiben vom 15. Dezember 1925, dass er beabsichtige, ein Beratungskomitee zu berufen und bat gleichzeitig um eine Stellungnahme zu diesem Vorschlag und dessen Annahme. Das Ministerium, das der Idee der Gründung eines solchen Komitees zustimmte, richtete zugleich an die übrigen Wojewoden ein Schreiben mit der Empfehlung, jene Initiative zu verbreiten. Die ziemlich schwierige und problematische wirtschaftliche Lage in Polen, die nach der Einführung der Reform des Währungssystems und vor allem dem Beginn des sog. Zollkrieges mit Deutschland entstand, bedurfte der Bildung einer breiten unterstützenden Front seitens der Industrie- und Handelskreise und der Annahme solcher Lösungen, die der Vertiefung der Krisensituation entgegenwirken würden. Deshalb wurde der Gedanke, solch ein Komitee zu bilden, in der Wojewodschaft Kielce bereitwillig aufgegriffen. Daraufhin richtete der Wojewode von Kielce Ignacy Manteuffel ein Schreiben an alle Industriellenverbände und größeren Produktionsbetriebe mit überwiegendem Anteil staatlichen Kapitals, in dem er sie aufforderte, Kandidaten für das sich bildende Wojewodschaftsberatungskomitee für Industrie und Handel Kielce (Wojewódzki Doradczy Komitet Przemysłowo-Handlowy w Kielcach) zu bestimmen.<sup>32</sup> Die erste Sitzung des Komitees fand am 25. März 1926 in dem Amtssitz des Wojewodschaftsamtes

<sup>31</sup> „Przegląd Gospodarczy”, 1921, Nr. 18.

<sup>32</sup> Als Mitglieder wurden zu der ersten Eröffnungssitzung Vertreter folgender Organisationen eingeladen: Versammlungsrat der Industriellen des Bergbaus (Rada Zjazdu Przemysłowców Górniczych), Industriellenverein des Dombrowaer Kohlenbeckens (Towarzystwo Przemysłowców Zagłębia Dąbrowskiego), die Filiale des Raumes Radom und Kielce des Polnischen Metallindustriellenverbands (Polski Związek Przemysłowców Metalowych), Industriellenverein des Raumes Radom (Towarzystwo Przemysłowców Ziemi Radomskiej), die Filiale Sosnowiec des Vereins Polnischer Kaufleute Warszawa (Stowarzyszenie Kupców Polskich w Warszawie), Vorstand des Aktienvereins der Baumwollspinnereien und Bleichereien „Zawiercie” (Zarząd Towarzystwa Akcyjnego Zakładów Przędzalni Bawełny i Bielarni „Zawiercie”), Aktiengesellschaft der Ostrowiecer Hochöfen und Betriebe (Spółka Akcyjna Wielkich Pieców i Zakładów Ostrowieckich), Aktienverein der Bergbau- und Hüttenbetriebe Starachowice (Towarzystwo Akcyjne Starachowickich Zakładów Górniczo-Hutniczych) u.a.



Kielce statt. Es fällt schwer, die genaue Zahl der Mitglieder des genannten Komitees zu bestimmen, da sich diese oft veränderte. Aber sowohl hinsichtlich der Menge als auch der Aktivität überwogen eindeutig Arbeitgeber aus dem Gebiet des Dombrowaer Kohlenbeckens. Beispielsweise wurde während der Sitzung im Jahre 1927 die Industrie des Dombrowaer Kohlenbeckens von 18 von den 31 teilnehmenden Personen repräsentiert, Częstochowa – von 2, Radom – von 4, Kielce – von 2 Personen. Die übrigen Personen saßen im Komitee aufgrund der von ihnen erfüllten Verwaltungsaufgaben oder aufgrund dessen, dass sie andere Bereiche des wirtschaftlichen Lebens vertraten.<sup>33</sup> Das Ministerium für Industrie und Handel empfahl nämlich, in das Komitee auch Vertreter des Handwerks einzuladen.

Die in den einzelnen Sitzungen aufgegriffene Problematik war äußerst breit und vielfältig, aber man kann in ihrem Rahmen solche Bereiche unterscheiden, wie das Problem der Gründung einer Wirtschaftsselbstverwaltung und der Mitwirkung an ihr der Vertreter von Industrie und Handel, das Problem wirtschaftlicher und politisch-sozialer Aspekte der Unteilbarkeit der Wojewodschaft Kielce, die Frage der Beteiligung der Industrie- und Handelskreise an der Gebietsselbstverwaltung und der Notwendigkeit, aus ihr finanzielle Inkorrektheiten zu beseitigen, die Aspekte der Entwicklung der kommunalen Infrastruktur in Großstädten, der Entwicklung des Verkehrswesens, der Dienstleistungen der Banken für Industrie und Handel, einer schnelleren Überwindung der postinflationären Krise und der Vorbeugung dem Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der Schaffung günstigerer Bedingungen für den Export von Industrieerzeugnissen. Dies waren Probleme, die das Milieu der Industriellen am meisten bewegten und deren Lösen die sozial-wirtschaftliche Lage der Wojewodschaft deutlich verbessern konnte. Bei ihrer Lösung überwogen jedoch Aspekte der Verleihung und Inkraftsetzung der Vorrechte für die Industrie. Unter den Vorschlägen, die zur Realisierung vorgelegt wurden, lassen sich ohne weiteres egoistische, nur Arbeitgebern dienende Forderungen bemerken. Man beachte hier nur deren Standpunkt in Angelegenheiten, die Möglichkeiten der Krisenüberwindung und Senkung der Arbeitslosigkeit betrafen. Der Meinung der Arbeitgeber aus Dombrowaer Kohlenbecken nach sollte man in erster Linie die Arbeitszeit verlängern. Dieser Standpunkt stimmte mit den

---

<sup>33</sup> Personell gesehen saßen im Komitee und vertraten die einzelnen Industriezweige: die Montanindustrie – Ing. Witold Graf SągajHo, Ing. Walery Świrtun, Ing. Piotr Markiewicz, Ing. Stanisław Raźniewski, Ing. Stanisław Gadowski, Ing. Stanisław Waszkiewicz, sowie Aleksander Świątopełk-Mirski; die Metallindustrie – u.a. Icek Rozenberg, Jan Meyerhold, Ing. Jacek Mirowski, Ing. Paweł Jaguzański, Ing. Władysław Lewandowski, Ing. Wilhelm Otto, Mojżesz Hochberg, Ing. Czesław Galiński, Władysław Eychler, Ing. Lucjan Włoczkowski; die Textilindustrie – Szymon Senior, Adam Keller, Ing. Stanisław Szymański, Włodzimierz Schoen, Włodzimierz Dietel; die Gerberindustrie – Jerzy Cieński; die Mineralindustrie – Ing. Stanisław Raźniewski. Vgl. M.B. Markowski, *Wojewódzki Doradczy Komitet Przemysłowo-Handlowy w Kielcach (1925-1928)* [Wojewodschaftsberatungskomitee für Industrie und Handel Kielce (1925-1928)], in: „Zeszyty Naukowe Politechniki Świętokrzyskiej. Nauki Społeczno-Ekonomiczne”, Nr. 18, Kielce 1988, S. 163-180.

Postulaten, die der Regierung von Lewiatan vorgelegt wurden, überein. Schon während der Diskussionen im Sejm über den Entwurf, in Polen das Recht auf Arbeitnehmerurlaub einzuführen, fasste der Rat des Zentralverbands der Polnischen Industrie, des Bergbaus, Handels und Finanzwesens (CZPPGHIF) einen Beschluss, in dem festgestellt wurde, dass Urlaube die Arbeitszeit in Polen zusätzlich um 120 Stunden pro Jahr (d.h. um 5,2%) verkürzen würden, obwohl Polen aufgrund dessen, dass der samstägige Sechsstudentag die allgemeine Arbeitszeit um 104 Stunden reduziere, die kürzeste Arbeitszeit von allen europäischen Ländern aufweise. Außerdem verursache eine größere als in anderen Ländern Zahl der Feiertage (65 und nicht 58 Tage im Jahr) die Verkürzung der Arbeitszeit um weitere 56 Stunden. Der Meinung von Lewiatan nach sei die Arbeitszeit in Polen insgesamt um 280 Stunden im Jahr, d.h. um 11,4% kürzer gewesen.<sup>34</sup> Ähnliche Argumente wurden eigentlich während der Sitzung des Komitees vorgebracht, indem festgestellt wurde, dass das Herauskommen aus der Krise und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur unter der Bedingung möglich seien, dass Sozialleistungen eingeschränkt und Arbeitszeiten verlängert würden. Nach Meinung der im Komitee sitzenden Arbeitgeber hatte Polen die fortschrittlichste soziale Gesetzgebung, den kürzesten Arbeitstag und die größten Belastungen für die Industrie aufgrund verschiedener Abgaben, was den Zufluss des investitionsfreudigen fremden Kapitals einschränkte. Hervorgehoben wurde auch das Problem der – vor allem in der Textilindustrie – hohen Löhne in Polen. Man befürchtete Folgendes: „Die Lohnerhöhung in der Privatindustrie, die auf staatliche Unternehmen samt Eisenbahnen und außerdem auf den gesamten Verwaltungsapparat übergreifen würde, wird dadurch eine Steigerung der Teuerung hervorrufen, was den Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht bringen müsste“.<sup>35</sup>

Die Fülle an aufgegriffenen Angelegenheiten verursachte, dass nicht alle Anträge und Beschlüsse durchgesetzt werden konnten, zumal sie außerhalb der Kompetenz der lokalen Behörden lagen. In solchen Fällen versicherte der Wojewode zwar die Mitglieder des Komitees, dass alle Probleme dieser Art an das Ministerium für Wirtschaft und Handel weitergegeben werden, dieses jedoch warnte seinerseits vor voreiligen Entschlüssen, sie für die Realisierung freizugeben. Erwähnenswert ist auch der beratende Aspekt des gegründeten Komitees. Seine Tätigkeit fiel in die Zeit einer weitgespannten Diskussion über die Reform der Verwaltungsordnung in Polen. Im Rahmen der vollen Unifizierung des Landes sollten die Grenzen zwischen den einzelnen Teilungsgebieten überbrückt werden. Die Wojewodschaft Kielce lag an der Grenze zwischen den drei ehemaligen Teilungsgebieten und es war vorgesehen, ihre Grenzen zu ändern oder sie gar aufzulösen. Gegen diese Vorschläge hatten Arbeitgeber entschlossen protestiert.

<sup>34</sup> „Przegląd Gospodarczy“, 1922, Nr. 3; *Sprawozdanie Centralnego Związku... z działalności za 1923* [Tätigkeitsbericht... für das Jahr 1923], Warszawa 1923, S. 130.

<sup>35</sup> APK, UWK/I, Signatur 12942.

Ihre Begründung und bestimmt auch die neue politische Lage, die sich nach dem Maiputsch darstellte, verursachten, dass die Verwirklichung dieses Vorhabens auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde. Die Argumente der Industriellen waren nicht frei von Befürchtungen, dass sie den Einfluss auf die wirtschaftliche Situation in der Wojewodschaft in deren bisherigen Gestalt verlieren könnten. Laut Ing. J. Mirowski würde im Falle einer voreiligen Vereinigung des Dombrowaer Kohlenbeckens mit Oberschlesien eine Entwicklungshemmung der Industrie erfolgen. Er stellte fest: „Die technische Organisation der oberschlesischen Industrie brachte einen separaten Typus des Arbeitnehmers und separate Verhältnisse im Rahmen der Arbeitslöhne hervor. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die administrative Unifizierung eine Unifizierung der Löhne zur Folge haben wird“.<sup>36</sup>

Eine ähnliche Diskussion gab es zu dieser Zeit über die Inkraftsetzung des Gesetzes über die Wirtschaftsselbstverwaltung, vor allem im Hinblick auf die Industrie- und Handelskammern sowie deren Kompetenzen und Regeln, nach denen Vertreter aus Industrie- und Handelskreisen gewählt werden sollten. In der Wojewodschaft Kielce gewann jedoch die Diskussion über ihre Lokalisierung an grundlegender Bedeutung. Die Tatsache, dass es gerade hier drei Wirtschaftsregionen gab, machte die Sache komplizierter. Jede von ihnen bemühte sich um die Einrichtung der Kammer auf ihrem Gebiet. Ausschlaggebend für die endgültige Entscheidung waren die Argumente der Vertreter der Arbeitnehmer aus dem Gebiet des Dombrowaer Kohlenbeckens. Dort befanden sich Unternehmen fast aller Industriezweige und existierten starke Arbeitnehmerorganisationen mit breitem Wirkungsbereich. Zum Sitz der Kammer wurde Sosnowiec. Doch gleichzeitig beschloss man, eine Zweigstelle der Kammer in Radom zu gründen, was die Hervorhebung der Bedeutung, die das gesamte Altpolnische Industriegebiet im Leben der Wojewodschaft und des Landes hatte, symbolisieren sollte. Mit der Gründung der Industrie- und Handelskammer Sosnowiec (Izba Przemysłowo-Handlowa w Sosnowcu) wurde das weitere Bestehen des Beratungskomitees (Komitet Doradczy) zwecklos. Es wurden keine Sitzungen des Komitees einberufen. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zur Zeit der großen Wirtschaftskrise verursachte, dass man sich für das Reaktivieren der Tätigkeit der Komitees zu interessieren begann. Das Ministerium für Industrie und Handel unternahm solch einen Versuch, doch die Mehrzahl der Wojewoden hielt ihn für sinnlos. Am 13. April 1933 informierte das Ministerium die einzelnen Wojewodschaften darüber, dass es auf die Absicht, die Tätigkeit der Wojewodschaftsberatungskomitees für Industrie und Handel (Wojewódzkie Doradcze Komitety Przemysłowo-Handlowe) wieder einzuleiten, verzichte.

Angesichts des Mangels an detaillierten und umfassenden Forschungen zur polnischen Bourgeoisie der Zwischenkriegszeit fällt es schwer, die Tätigkeit der von

<sup>36</sup> Ebd.

ihr ins Leben gerufenen freien Wirtschaftsorganisationen, die die Unabhängigkeit von der Staatsverwaltung unterstrichen und apolitisch waren, zu beurteilen. Doch es ist allgemein bekannt, dass diese Äußerung eher einen verbalen und deklarativen als realen Charakter hatte. In ihrer Tätigkeit ließen sie sich eher von der Wahrung der bisherigen Vorrechte, des Ansehens und Besitzstandes als vom Allgemeinwohl leiten. Einzelne Fälle, in denen Schulen, Einwohner oder Institutionen finanziell unterstützt wurden, können eher von einer Ankündigung der sich im sozialen Bewusstsein und der Einstellung einzelner Personen aus den besprochenen Kreisen vollziehenden Veränderungen zeugen

#### ORGANISATIONEN IN HANDWERK UND HANDEL

In der Zwischenkriegszeit war die Organisationsstruktur des Handwerks differenziert. Neben traditionell wirkenden Innungen entstanden zahlreiche Handwerksverbände und -genossenschaften. Seit 1929 bestand auch die Handwerkskammer (Izba Rzemieślnicza) als obligatorische Institution der Wirtschaftselbstverwaltung.

#### Innungen

Die Grundorganisation des Handwerks bildeten Innungen, die als Körperschaften, die Mitglieder einer beruflichen Interessengemeinschaft vereinigten, organisiert waren. Auf dem Gebiet der Wojewodschaft Kielce behielt das Handwerk die konfessionelle Gliederung der Innungen in christliche und jüdische bei. Diese letzteren begannen nach 1927 zu entstehen, nachdem die Gewerbeordnung jegliche, die Tätigkeit von jüdischen Handwerkern einschränkende Vorschriften aufgehoben hatte. Im Jahre 1937 waren in 340 Innungen (210 christlichen, 121 jüdischen und 9 gemischten) 11.616 Personen vereinigt, was nur 24,2% aller damals registrierten Handwerker (47.981) ausmachte. In Stadtgebieten waren in Innungen 39% der rechtmäßig tätigen Handwerker vereint, in Ansiedlungen und Dörfern dagegen nur 8%.<sup>37</sup> Solch ein Sachverhalt war das Ergebnis einer Abneigung der Handwerker, vor allem in kleineren Ortschaften, gegen Berufsverbände, die keine unmittelbaren materiellen Nutzen mit sich brachten. Den höchsten Organisationsgrad der Handwerker in Innungen wiesen die Lebensmittel- und Lederbranche, den geringsten dagegen die Baubranche und persönliche Dienstleistungen auf.

<sup>37</sup> *Sprawozdanie Izby Rzemieślniczej w Kielcach (IRK) za 1937 rok* [Bericht der Handwerkskammer Kielce für das Jahr 1937], Kielce 1938, S. 137; R. Renz, *Rzemiosło województwa kieleckiego w okresie międzywojennym. Aspekty społeczne i gospodarcze* [Das Handwerk der Wojewodschaft Kielce in der Zwischenkriegszeit. Soziale und wirtschaftliche Aspekte], Warszawa-Kraków 1984, S. 121-122.

In der Zwischenkriegszeit erfüllten Handwerksinnungen nur noch einen Teil ihrer ursprünglichen Aufgaben. Die polnische Gewerbeordnung aus dem Jahre 1927 führte eine völlige Freiwilligkeit bezüglich der Zugehörigkeit zu einer Innung ein. Sie schränkte auch die Kompetenzen der Innungen ein, indem ihnen die Entscheidungskraft hinsichtlich der Berufsqualifikationen des Handwerks entzogen wurde. Die 1934 verabschiedete Novelle zur Gewerbeordnung reduzierte durch die Einführung des Verbots der wirtschaftlichen Tätigkeit die Aufgaben der Innungen auf die Aktivität im Bereich der Kultur und Bildung sowie gesellschaftliche, öffentliche und soziale Funktionen (Betreuung der Jugend, Gründung von Unterstützungs- und Bestattungskassen, Leitung von Fortbildungskursen, usw.).<sup>38</sup>

Die Akten der in Cześćochowa tätigen Innungen, die sich erhalten haben, bilden einen interessanten Stoff für die Analyse der Struktur und Funktion von Innungsorganisationen. Aus anderen Ortschaften sind nur fragmentarische, verschiedene Tätigkeitsaspekte betreffende Akten erhalten geblieben. Den Satzungen der einzelnen in Cześćochowa wirkenden Innungen nach konnte jeder Handwerker, der eine bestimmte Produktionstätigkeit in Cześćochowa oder in der Region ausübte, Innungsmitglied werden. Jeder in eine Innung aufgenommene Handwerker bekam eine Abschrift der Innungsordnung, in der die Aufgaben der Innung, deren Ziele, sowie Mitgliederrechte und -pflichten bestimmt waren. Die Angehörigen der Innungen waren verpflichtet, Mitgliedsbeiträge zu zahlen und Gebühren für die Nutzung der innungseigenen Einrichtungen, wie Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und Wirtshäuser zu entrichten. Das höchste Leitungsorgan in den einzelnen Innungsorganisationen war die Generalversammlung, die den Innungsmeister und Vizeinnungsmeister, sowie die Mitglieder des Vorstands, der Revisionskommission, des Schiedsgerichts und der Sektion für Lehrlinge und Gesellen wählte. In der Kompetenz der Generalversammlung lag das Verabschieden und Bewilligen des Haushaltsplans sowie der Einschreibe- und Jahresgebühr. Das höchste ausführende Leitungsorgan bildete der Vorstand, der sich aus dem Innungsmeister, den Vizeinnungsmeistern und deren Stellvertretern zusammensetzte. Die Amtsperiode des Vorstands dauerte in der Regel ein Jahr. Sein hauptsächliches Ziel war ein den Beschlüssen der Generalversammlung gemäßes Verwalten des Innungsvermögens und das Erledigen laufender Angelegenheiten der Innungsorganisation. Der Innungsmeister leitete die Innung und vertrat sie nach außen. Bei den Innungen gab es separate Abteilungen (Sektionen) oder Kommissionen, die eine Informationsaktivität bezüglich der Funktion des Handwerks ausübten und den handwerklichen Nachwuchs betreuten. Als den

---

<sup>38</sup> A. Roman, *Znaczenie średniej i drobnej wytwórczości w gospodarstwie narodowym* [Die Bedeutung des Klein- und Mittelgewerbes in der Volkswirtschaft], Warszawa 1939, S. 35-36; B. Kłapkowski, *Stowarzyszenia przedsiębiorców w Polsce odrodzonej* [Unternehmervereine im wiedererstandenen Polen], in: *Bilans gospodarczy dziesięciolecia Polski odrodzonej* [Die wirtschaftliche 10-Jahres-Bilanz des wiedererstandenen Polens]; hrsg. von S. Zalewski, Bd. 1, Poznań 1929, S. 459-460.

Innungen übergeordnetes Organ fungierte die Starostei Częstochowa. Die Vertreter der Aufsichtsbehörde hatten das Recht, der Vorstandssitzung beizuwohnen, an Tagungen der Generalversammlung teilzunehmen und über die regelrechte Tätigkeit der einzelnen Innungen zu wachen.<sup>39</sup>

Die Bemühungen um die Verbreitung der Bildung und Kultur unter Handwerkern gehörten zu den Satzungszielen der Innungen. Eine der häufigsten Formen der Aktivität im Bereich der Kultur und Bildung waren Berufskurse verschiedener Art, in denen man sich mit der außerschulischen Fortbildung der Handwerker befasste. Meistens wurden Mono- und Multibranchenkurse für verschiedene Handwerksbranchen organisiert. Die Bäckerinnung Radom (Cech Piekarzy w Radomiu) veranstaltete bereits im Jahre 1919 Kurse, die die theoretische und berufliche Fortbildung der Lehrlinge zum Zweck hatten. Für die Lehre waren Meisterhandwerker zuständig. 1927 wurden die Kurse öffentlich-rechtliche Einrichtungen, dank dessen die Hörer keine Fortbildungsschule mehr besuchen mussten.<sup>40</sup>

Infolge von Bemühungen jüdischer Innungen – der Innung der Jüdischen Schneider, Kürschner und Hutmacher (Cech Krawców, Kuśnierzy i Kapeluszników Żydów), der Metallarbeiterinnung (Cech Metalowców) und der Innung der Vereinten Tischler, Drechsler und Polsterer (Cech Zjednoczonych Stolarzy, Tokarzy i Tapicerów) – wurden im Jahre 1925 im Rahmen der öffentlichen Handwerksfortbildungsschule in Radom Kurse für Lehrlinge des Schneider- und Tischlerberufs und der Metallbranche eingerichtet. Die Meister der genannten Innungen erteilten Unterricht in praktischem und theoretischem Berufswissen. Unterricht in allgemeinbildenden Fächern nahmen die Hörer in der Handwerksschule (Szkoła Rzemiosł). Jene Kurse, die gebührenfrei waren, wurden aus Mitgliedsbeiträgen der Innungen und Zuschüssen der Jüdischen Konfessionsgemeinde Radom (Gmina Wyznaniowa Żydowska w Radomiu) finanziert.<sup>41</sup> Jüdische Handwerker, die einen Gesellenbrief erhalten wollten, mussten u.a. gute Polnischkenntnisse vorweisen, was vielen, in einem orthodoxen Milieu aufgewachsenen jungen Leuten ziemliche Schwierigkeiten bereitete. Aus diesem Grund wurden für sie von jüdischen Innungen in Kielce Sonderkurse organisiert.<sup>42</sup>

Dank Zuschüssen aus der Staatskasse hielt die Innung der Friseure, Perückenmacher und Barbier Będzin (Cech Fryzjerów, Perukarzy i Golarzy w Będzinie) ab

---

<sup>39</sup> B. Urbanowicz, *Rzemiosło w Częstochowie w okresie międzywojennym (1918-1939)* [Das Handwerk in Częstochowa in der Zwischenkriegszeit (1918-1939)], Częstochowa 2004, S. 232-233.

<sup>40</sup> Archiwum Państwowe w Radomiu [Staatsarchiv in Radom], Akta m. Radomia [Akten der Stadt Radom], Signatur 8070; *Kwestionariusz na temat rozwoju i stanu oświaty pozaszkolnej* [Fragebogen zu Entwicklung und Stand der außerschulischen Bildung].

<sup>41</sup> Ebd., Signatur 9152, *Wykaz kursów dokształcających zawodowych dla terminatorów żydowskich z dnia 24 września 1926 r.* [Verzeichnis beruflicher Fortbildungskurse für jüdische Lehrlinge vom 24. September 1926].

<sup>42</sup> K. Urbański, *Leksykon dziejów ludności żydowskiej Kielce 1789-1999* [Lexikon der Geschichte der jüdischen Bevölkerung Kielce 1789-1999], Kraków 2000, S. 42.

1921 Berufskurse für ihre Lehrlinge ab. Der im Jahre 1923 organisierte Metzgerkurs der Innung der Metzger der Mosaischen Konfession Sosnowiec (Cech Rzeźników Wyznania Mojżeszowego w Sosnowcu) war für jüdische Lehrlinge gedacht. In den Jahren 1923-1925 nahmen in Będzin und Sosnowiec 291 Lehrlinge an Fortbildungskursen teil.<sup>43</sup>

Eine ähnliche Form der Fortbildung des handwerklichen Nachwuchses organisierten die Innungen des Kreises Częstochowa. Mit beträchtlicher Hilfe des Vorstands der Handwerksinnungen Częstochowa (Zarząd Cechów Rzemieślniczych w Częstochowie) wurden ab 1921 entsprechend für Männer oder Frauen gedachte Fortbildungskurse für Lehrlinge verschiedener Berufe und Konfessionen abgehalten. In den Jahren 1921-1928 nahmen daran 2.524 Personen teil. Das zweijährige Programm der Kurse umfasste in verkürzter Form Fächer, die in handwerklichen Berufsschulen im Umfang von 10 Wochenstunden unterrichtet wurden. Betonenswert ist die Zusammenarbeit des Vorstands der Innungen (Zarząd Cechów) mit der Leitung der Handwerks- und Industrieschule (Szkoła Rzemieślniczo-Przemysłowa), in der praktische Übungen für Kursteilnehmer organisiert wurden. Die Handwerkerinnungen des Kreises Częstochowa, und zwar die Metzger- und Wursthändlerinnungen Krzepice, Przyrów und Kłobuck (Cechy Rzeźniczo-Wędliniarskie w Krzepicach, Przyrowie i Kłobucku), zeichneten sich in der Organisierung gelegentlicher und kurzfristiger, dreimonatiger Kurse aus.<sup>44</sup>

Im Bereich der Popularisierung des Wissens waren Vorträge aus dem Bereich der historischen, philosophisch-soziologischen und literarischen Problematik am beliebtesten. Im Jahre 1928 veranstalteten die Metzger- und Wursthändlerinnung Kielce (Cech Rzeźniczo-Wędliniarski w Kielcach) sowie die Innung der Schuster, Gerber und Sattler des Kreises Kielce (Cech Szewców, Garbarzy i Rymarzy Powiatu Kieleckiego) einige Vorträge, die dem nationalen Befreiungskampf gewidmet waren. Die Vorträge wurden von Geschichtslehrern der Schulen in Kielce und von ortsansässigen Handwerkern gehalten.<sup>45</sup>

Innungen beteiligten sich auch an vielen Staats- und Kirchenfeiern. Beispielsweise nahmen Handwerksinnungen im Jahre 1919 an den Feierlichkeiten zum 100. Todestag von Jan Kiliński teil. Sie wohnten auch den Festlichkeiten, die mit dem

---

<sup>43</sup> R. Renz, *Aktywność społeczno-kulturalna drobnomieszczanstwa żydowskiego w latach międzywojennych* [Die sozial-kulturelle Aktivität des jüdischen Kleinbürgertums in den Zwischenkriegsjahren], „Biuletyn ŻIH”, 1992, Nr. 1, S. 24; Ders., *Rzemiosło województwa kieleckiego* [Das Handwerk der Wojewodschaft Kielce], S. 131.

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Archiwum Państwowe w Kielcach (APK) [Staatsarchiv in Kielce], Starostwo Powiatowe Kieleckie (SPK) [Kreisstaroste (Landratsamt) Kielce], Signatur 2358, *Protokół z zebrania Cechu Powiatowego Szewców, Garbarzy i Rymarzy w Kielcach z dnia 4 grudnia 1928 r.* [Versammlungsprotokoll der Landkreisinneung der Schuster, Gerber und Sattler vom 4. Dezember 1928]; Signatur 2360, *Sprawozdanie z działalności Cechu Rzeźniczo-Wędliniarskiego z 5 stycznia 1929 r.* [Tätigkeitsbericht der Metzger- und Wursthändlerinnung vom 5. Januar 1929].

Jahrestag des 3. Mai und der Wiedererlangung der Unabhängigkeit verbunden waren, bei. Solchen Feiern wurde ein sehr festlicher Charakter verliehen. An der Spitze jeder Innung gingen Innungsmeister mit der Fahne, hinter ihnen Meister, daraufhin Gesellen und Lehrlinge. Bei Innungsmitgliedern waren gesellige Zusammenkünfte sehr beliebt, die für die Mitglieder und ihre Familien zu Weihnachten [das sog. „opłatek” (Oblate) – typisches polnisches Vorweihnachtsfest] und zu Ostern [die sog. „święconka” (geweihtes Ostermahl) – polnische Osterfeier] organisiert wurden. Da die Innung zugleich eine Art kirchlicher Verein war, zu dessen Pflichten es u.a. gehörte, an wichtigen kirchlichen Feiertagen mit Kerzen zu erscheinen, gab die Herstellung jener Kerzen, „Kerzengießen” genannt, Gelegenheit zu geselligem Beisammensein der Innungsmitglieder. Man bemühte sich um das Wahre korporativer Traditionen innerhalb der Innungen. Es wurde großer Wert darauf gelegt, dass die gesamte Innung an freudigen Momenten der einzelnen Mitglieder teilhat und ein verstorbener Meister oder Geselle von allen zur letzten Ruhe geleitet wird.<sup>46</sup>

Zu den traditionellen Aufgaben der Innungen gehörte die Nothilfe, die Innungsmitgliedern in besonderen Fällen geleistet wurde. Man gründete Unterstützungskassen, die Mitgliedern bei Notfällen zinslose Darlehen gewährten, sowie Bestattungskassen, die der Familie des Verstorbenen Unterstützungsgeld auszahlten. In den Jahren 1930-1933 wurden solche Kassen in Kielce, Sosnowiec, Radom, Sandomierz und Częstochowa eingerichtet.<sup>47</sup>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Tätigkeit der einzelnen Innungen verschieden war. Die einen veranstalteten Fortbildungskurse und gesellige Zusammenkünfte, nahmen an Staats- und Kirchenfeiern teil und gründeten Unterstützungskassen, andere versammelten ihre Mitglieder nur, um den Anforderungen der Satzung zu genügen. In ihrer Tätigkeit zeichneten sich größtenteils Innungen aus, die eine langjährige Tradition vorweisen konnten. Zu den ältesten Innungen der Wojewodschaft Kielce gehörten: die Innung Christlicher Schuster Proszowice (Cech Szewców Chrześcijańskich w Proszowicach) aus dem Jahre 1336, die Schneiderinnung Radom (Cech Krawców w Radomiu) von 1391, die Schusterinnung Bodzentyn (Cech Szewski w Bodzentynie) aus dem Jahre 1420, die Metzger- und Wursthändlerinnung Częstochowa (Cech Rzeźniczo-Wędliniarski w Częstochowie) von 1430, die Metzger- und Wursthändlerinnung Miechów (Cech Rzeźniczo-Wędliniarski w Miechowie) von 1436, die Metzger- und Wursthändlerinnung Kielce (Cech Rzeźniczo-Wędliniarski w Kielcach) von 1606 und die Metallarbeiterinnung Będzin (Cech Metalowców w Będzinie) aus dem Jahre 1643.<sup>48</sup>

<sup>46</sup> „Kurier Zagłębia”, 1919, Nr. 61, S. 3; „Ojczyzna”, 1924, Nr. 21, S. 2.

<sup>47</sup> APK UWK I, Urząd Wojewódzki Kielecki 1918-1939 [Wojewodschaftsamt Kielce], Signatur 3080, Bl. 294, 374.

<sup>48</sup> Spr. IRK za 1937, Kielce 1939, S. 143-154.



## Die Handwerkskammer Kielce (Izba Rzemieślnicza w Kielcach)

Der Großteil der den Innungen aberkannten Kompetenzen wurde auf Handwerkskammern übertragen, die eine neue, den kapitalistischen Gegebenheiten angepasste Organisationsform des Handwerks bildeten. Die Handwerkskammer Kielce (Izba Rzemieślnicza w Kielcach) nahm ihre Tätigkeit im Jahre 1929 auf. Am 5. April 1929 stellte der Wojewode von Kielce einen Rundbrief auf, in dem laut Art. 174 der Gewerbeordnung das Privileg, Mitglieder der Handelskammer zu wählen, Handwerkern eingeräumt wurde, die ihr 30. Lebensjahr vollendet hatten, über Handwerksscheine verfügten und seit mindestens 3 Jahren selbständig Werkstätten führten.<sup>49</sup>

Die Wahlen zur Handwerkskammer Kielce (Izba Rzemieślnicza w Kielcach) wurden im Juni 1929 in vier Bezirken durchgeführt. Die Kammer setzte sich aus 20 Mitgliedern (darunter 7 jüdischen Handwerkern, d.h. 35%) und 16 Stellvertretern (darunter 6 Juden, d.h. 37,5%) zusammen. Die ausführenden Funktionen erfüllte der sechsköpfige Vorstand, bestehend aus dem Präsidenten der Kammer – Stefan Smuga (Schneidermeister aus Częstochowa), dem Vizepräsidenten – Roman Kluźniak (Schlossermeister aus Kielce), dem Schriftführer – Grzegorz Axentowicz (Jurist) und drei Mitgliedern – Edward Balcer, Judka Gutman und Samuel Katz.<sup>50</sup>

Die allgemeine Aufsicht über die Kammer führte ein Abgesandter des Ministeriums für Industrie und Handel, der gewöhnlich unter höheren Beamten des Wojewodschaftsamtes ernannt wurde. Am 10. August 1931 wurde der Handwerkskammerrat (Rada Izby Rzemieślniczej) mit Sitz in Warszawa ins Leben gerufen, dessen Aufgabe darin bestand, die Handwerkskammern gegenüber dem Staat und den Organen der Gebiets- und Wirtschaftsselbstverwaltung in Sachen der allgemeinen Entwicklung des Handwerks zu vertreten, indem er Informationen erteilte und Bewertungsgutachten erstellte. Im Jahre 1933 wurden Veränderungen in der Nomenklatur und der Art und Weise, Handwerkskammern zu berufen, eingeführt. Gemäß Anordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 27. Oktober 1933, wurden 2/5 der Kammer vom Minister ernannt. Den gewählten Mitgliedern wurden Ratstitel und dem Schriftführer der Titel des Direktors verliehen. Gleichzeitig wurde die Erfordernis, über eine juristische Ausbildung zu verfügen, eingeführt. Die Amtszeit der Leitung wurde von 6 auf 5 Jahre verkürzt.<sup>51</sup>

<sup>49</sup> „Kielecki Dziennik Wojewódzki“, 1928, Nr. 12, S. 1-2.

<sup>50</sup> APK UWK I, Signatur 12679, *Wybory do Izby Rzemieślniczej w Kielcach* [Die Wahlen zur Handwerkskammer Kielce]; *Spr. IRK za rok 1931*, Kielce 1932, S. 41-43.

<sup>51</sup> *Sprawozdanie wojewody kieleckiego o ogólnym stanie województwa kieleckiego i działalności administracji państwowej w roku budżetowym 1934-1935* [Bericht des Wojewoden von Kielce über die allgemeine Lage der Wojewodschaft Kielce und die Tätigkeit der staatlichen Verwaltung im Haushaltsjahr 1934-1935], Kielce 1936, S. 11; *Położenie ekonomiczne rzemiosła wielkopolskiego w latach 1918-1939* [Die wirtschaftliche Lage des großpolnischen Handwerks in den Jahren 1918-1939], hrsg. v. Cz. Łuczak, Poznań 1964, S. 234-235.

Im Kompetenzbereich der Handwerkskammer lagen folgende Tätigkeiten: die auf Beratungs- und Informationstätigkeit beruhende Zusammenarbeit mit dem Staat in Sachen des Handwerks, das Regeln der Angelegenheiten der Lehrlinge und Gesellen, das Aufstellen der Prüfungskommissionen, der Kampf gegen illegales Handwerk sowie die Mitwirkung an der Gründung der Kredit- und Rohstoffgesellschaften.<sup>52</sup> Bei der Kammer wurde eine juristische Beratungsstelle für Handwerker eingerichtet, die Ratschläge und Erklärungen in Verwaltungs-, Wirtschafts- und Steuerangelegenheiten erteilte, sowie bei dem Aufsetzen an entsprechende Behörden gerichteter Schreiben behilflich war. Die Beratungstätigkeit der Kammer fand ihre Widerspiegelung in Denkschriften und Berichten, die an Staatsorgane und den Handwerkskammerrat (Rada Izby Rzemieślniczych) gerichtet waren. Beispielsweise befürwortete die Kammer zwar den Gesetzentwurf über die Abänderung der Geschäftszeiten betreffenden Anordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 22. März 1928, gleichzeitig jedoch forderte sie die Verlängerung der Öffnungszeiten von Friseursalons und Backwarengeschäften. Die Beratungstätigkeit für das Wojewodschaftsamt bezog sich hauptsächlich auf Gesuche um Entlastung gemäß Art. 146 der Gewerbeordnung und auf Genehmigungen zur Zulassung der Ausländer zum Erwerb jener Berechtigungen, die zum Betreiben einer Handwerkswerkstatt notwendig waren.<sup>53</sup>

Die handwerkliche Selbstverwaltung stellte von ihrer Gründung an die Angelegenheiten, die mit dem Organisieren von Prüfungen verbunden waren, in den Mittelpunkt. Die Handwerkskammer Kielce (Izba Rzemieślnicza w Kielcach) legte die Zahl der Gesellen- und Meisterkommissionen fest, überwachte die Prüfungen und arbeitete eng mit den Kommissionen zusammen, indem sie ihnen bei der Überprüfung dessen half, ob die Kandidaten den organisatorischen Anforderungen und Vorschriften genügen. Kommissionen wurden gewöhnlich in größeren Handwerkszentren und Kreisstädten organisiert. In den Jahren 1930-1937 führten die Prüfungskommissionen 5.178 Gesellen- und 1.817 Meisterprüfungen durch.<sup>54</sup>

Im Bereich der wirtschaftlichen Tätigkeit bemühte sich die Kammer, für das Handwerk einen billigen, für die Modernisierung der Werkstätten sowie die Steigerung und Verbilligung der Produktion unentbehrlichen Kredit zu erhalten. Mittels entsprechender Beschlüsse forderte man die Senkung des Kreditzinssatzes auf 4% und die Zerlegung der Abzahlung der Kredite auf 3 Jahre. Seit 1928 übernahm die Bank der Landeswirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego) die Kreditierungsaktion des Handwerks. Laut Berichten der Handwerkskammer erhielt das Handwerk der Wojewodschaft Kielce im Jahre 1930 – 1.075 Tsd. Zł, 1931 – 1.060 Tsd. Zł, 1932 – 1.375 Tsd. Zł, 1933 – 270 Tsd. Zł, 1934 – 540 Tsd. Zł, 1935

<sup>52</sup> *Spr. IRK za rok 1931*, Kielce 1932, S. 40.

<sup>53</sup> *Ebd.*, S. 51-52.

<sup>54</sup> R. Renz, *Rzemiosło województwa kieleckiego...* [Das Handwerk der Wojewodschaft Kielce...], S. 151.

– 1.062 Tsd. Zl und im Jahre 1937 – 1.352 Tsd. Zl. In der Zeit der großen Wirtschaftskrise erfuhr die Summe der für Handwerker gedachten Kredite eine deutliche Verringerung und war im Jahre 1934 nur noch halb so hoch wie 1930. Eine geringe Besserung im Bereich dessen erfolgte erst 1935. Obwohl die eingeräumten Kredite eher bescheiden waren, wurden sie vom Handwerk sowieso nicht in vollem Maße genutzt. Im Jahre 1931 wurden von der Handwerkern zuerkannten Summe von 1.060 Tsd. Zl nur 809,5 Tsd. Zl, d.h. 76,4% in Anspruch genommen, im Jahre 1935 dagegen von den 1.062 Tsd. Zl – nur 781 Tsd. Zl, d.h. 73,5%. 1937 wurden die Kredite in 92,1% (in Höhe von 1.246 Tsd. Zl) genutzt.<sup>55</sup> Am häufigsten nahmen die Handwerker der drei am höchsten industrialisierten Kreise – Będzin, Częstochowa und Zawiercie – Kredite in Anspruch.

Die Kammer befasste sich auch mit dem Propagieren der handwerklichen Erzeugung durch die Teilnahme an Messen und Ausstellungen. Zu den größeren Ausstellungsveranstaltungen, an denen das Handwerk jener Region teilgenommen hatte, gehörte die Ausstellung – „Wystawa Świętokrzyska“, die im Jahre 1936 in Warszawa organisiert wurde. Die Handwerkskammer Kielce (Kielecka Izba Rzemieślnicza) präsentierte auf dieser Ausstellung zahlreiche Exponate aus verschiedenen Erzeugungsbereichen sowie ein reichhaltiges Informationsmaterial, das die Zahlenstärke und den Organisations- und Bildungsstand des Handwerks darstellte. Jene Ausstellung wurde auch in Kielce präsentiert, wo ca. 10 Tsd. Besucher in die Produktionsmöglichkeiten des Handwerks der Wojewodschaft Kielce Einblick nahmen.<sup>56</sup> Seit 1934 nahm die Kammer an der Gesamtpolnischen Handwerksmesse (Ogólnopolskie Targi Rzemiosła) im Rahmen der Internationalen Posener Messe (Międzynarodowe Targi Poznańskie) teil und präsentierte Erzeugnisse der Töpferei, Korbflechterei, Stellmacherei, Tischlerei, Sattlerei und Schuhmacherei, also jener Zweige, die auf eine Massenproduktion eingestellt werden konnten. Unter den anderen Präsentationen der handwerklichen Produkte ist das Veranstalten von regionalen Ausstellungen der besten Erzeugnisse des Handwerks erwähnenswert. Im Jahre 1936 wurde die Ausstellung des Christlichen Handwerks Częstochowa (Wystawa Rzemiosła Chrześcijańskiego w Częstochowie) unter Beteiligung von 100 Ausstellern organisiert.<sup>57</sup>

Jene eher geringe Beteiligung des Handwerks an Messen und Ausstellungen resultierte hauptsächlich aus dem Mangel an entsprechenden finanziellen Mitteln, die u.a. für die Deckung der Transportkosten der Exponate notwendig waren, sowie aus der Überzeugung der Handwerker, dass die Teilnahme an solchen Veranstaltungen ihnen nur einen geringen Nutzen bringen kann. Die Mehrheit der Handwerker konnte nur auf Kundschaft aus der nächsten Umgebung zählen.

Auf verschiedenen Versammlungen und Tagungen verlangten Handwerker von Staat und Kommune die Abschaffung des illegalen Handwerks. Das illegale

<sup>55</sup> *Spr. IRK za rok 1930*, S. 7; 1931, S. 35-37; 1933, S. 72; 1934, S. 56; 1935, S. 34; 1937, S. 88.

<sup>56</sup> *Spr. IRK za rok 1936*, Kielce 1937, S. 67.

<sup>57</sup> *Ebd.*, S. 168-169.

Handwerk wurde, insbesondere in den Jahren der großen Wirtschaftskrise, von arbeitslosen Fabrikarbeitern, Gesellen und Heimarbeitern betrieben. Diese verkauften ihre Erzeugnisse auf Märkten, Jahrmärkten oder als Hausierer, die von Dorf zu Dorf wanderten. Sie trugen keine Steuerlasten zugunsten des Staates und konnten demnach ihre Erzeugnisse unter dem Preis anbieten. Der Kampf gegen den illegalen Wettbewerb wurde von der handwerklichen Selbstverwaltung unter dem Motto „der Steigerung der wirtschaftlichen Lage des Handwerks und der Sicherung eines angemessenen Rechtsschutzes für die handwerkliche Erzeugung“ geführt.<sup>58</sup> Die jene Angelegenheit betreffende Intervention der Kammer, die sich in Form von an den Wojewoden von Kielce in den Jahren 1930-1932 gerichteten Denkschriften vollzog, führte zu gewissen Ergebnissen. Laut Verfügung des Wojewoden von Kielce vom 5. Februar 1932 wurden zur Bekämpfung des illegalen Handwerks ständige lokale Komitees gegründet. Jene Komitees trugen in Zusammenarbeit mit Gemeinde- und Stadtämtern sowie Polizeiorganen dazu bei, dass allein im Jahre 1933 bereits 1.238 illegale Werkstätten liquidiert wurden.<sup>59</sup>

Man stellte auch Forderungen bezüglich der Einschränkung des Wettbewerbs seitens staatlicher gefängnis-, schul- und militäreigenen Werkstätten. Manche von ihnen wurden erfüllt. Im Juni 1930 gebot die Regierung staatlichen Herstellerbetrieben, ihre Produktion ausschließlich auf den Eigenbedarf einzuschränken.<sup>60</sup>

Dem Bericht der Handwerkskammer Kielce (*Izba Rzemieślnicza w Kielcach*) für das Jahr 1936 können Informationen über die publizistische Aktivität und Verlagstätigkeit der Kammer entnommen werden. Im Jahre 1934 wurde das Buch von Kazimierz Sokołowski *Rzemiosło* [Handwerk] herausgegeben und 1936 die Broschüre von Wiktor Wojtowicz *Tradycje rzemiosła polskiego* [Traditionen des polnischen Handwerks], die im Wortlaut die am 17. November 1935 zum 20. Jahrestag des Vereins Christlicher Handwerker Kielce (*Stowarzyszenie Rzemieślników Chrześcijan w Kielcach*) gehaltene Rede beinhaltete. Gedruckt wurden auch Musterstatute für Handwerksinnungen sowie viele Handwerkern notwendige Formulare, solche wie Verträge über die Handwerkslehre, Lehrzeugnisse, Gesellenbücher, usw. Außerdem veröffentlichte die Kammer in der regionalen und wirtschaftlichen Presse ihre Mitteilungen über aktuelle Probleme des Handwerks der Wojewodschaft Kielce.<sup>61</sup> Seit 1930 erschien monatlich das „Biuletyn Informacyjny Izby Kieleckiej“ [Informationsbulletin der Kammer Kielce] und seit 1938 wurde der „Rzemieślnik Ziemi Kieleckiej“ [Handwerker des Raumes Kielce] herausgegeben, der zahlreiche, den Problemen des Handwerks gewidmete Berufsteile beinhaltete.

---

<sup>58</sup> I. Bornstein, *Rzemiosło żydowskie w Polsce* [Das jüdische Handwerk in Polen], Warszawa 1926, S. 140.

<sup>59</sup> *Spr. IKR za rok 1933*, Kielce 1934, S. 148.

<sup>60</sup> E. Idzikowski, *Rola i znaczenie rzemiosła w gospodarce narodowej* [Die Rolle und Bedeutung des Handwerks in der Volkswirtschaft], Warszawa 1933, S. 148.

<sup>61</sup> *Spr. IKR za rok 1936*, Kielce 1937, S. 194.

## Verbände und Vereine

Unabhängig von Innungen und der Handwerkskammer gab es ebenfalls handwerkliche und kaufmännische Verbände und Vereine. Diese waren nicht aufgrund der Vorschriften der Gewerbeordnung tätig, sondern aufgrund der Vorschriften des Vereinsgesetzes, das ihre berufliche, soziale und kulturelle Tätigkeit bewilligte. Im Jahre 1937 waren auf dem Gebiet der Wojewodschaft Kielce 93 handwerkliche Verbände und Vereine tätig, darunter 35 christliche und 58 jüdische.<sup>62</sup> Die ersten wurden von Handwerksverbänden repräsentiert, die unter dem Einfluss des Zentralvereins der Handwerker im Staat Polen (Centralne Stowarzyszenie Rzemieślników w Państwie Polskim) standen, der im Jahre 1918 auf Anregung des in Warszawa wirkenden Verbands Christlicher Handwerker (Związek Rzemieślników Chrześcijan) entstand. Die zweiten waren vorwiegend Filialen des Zentralverbands Jüdischer Handwerker (Centralny Związek Rzemieślników Żydów).<sup>63</sup>

Aus der Wojewodschaft Kielce gehörten dem Zentralverein der Handwerker (Centralne Stowarzyszenie Rzemieślników) überwiegend christliche Handwerkervereine der Kreise Będzin, Jędrzejów, Kielce, Końskie, Miechów, Olkusz, Radom, Sandomierz und Zawiercie an. Außerhalb der Einflüsse des Zentralvereins der Handwerker (Centralne Stowarzyszenie Rzemieślników) blieben wenige Organisationen, u.a. der seit 1921 tätige Handwerksclub Będzin (Klub Rzemieślniczy w Będzinie), der 1927 registrierte Handwerksverein Włoszczowa (Stowarzyszenie Rzemieślnicze we Włoszczowej) und die Gewerkschaft Christlicher Handwerker Busko Zdrój (Związek Zawodowy Rzemieślników Chrześcijan w Busku Zdroju), die 1928 legalisiert wurde.<sup>64</sup>

Ein Ergebnis des Versuchs, die Tätigkeit der Handwerksverbände und -vereine zu konsolidieren, waren die ins Leben gerufenen Bezirkshandwerksverbände. Besondere Beachtung verdient hier die Tätigkeit des seit 1907 bestehenden Handwerks- und Industrievereins Częstochowa (Stowarzyszenie Rzemieślniczo-Przemysłowe w Częstochowie), der 1927 in den Bezirkshandwerksverband (Okręgowe Towarzystwo Rzemieślnicze) umbenannt wurde und dessen Wirkungsbereich die Kreise Częstochowa und Włoszczowa umfasste. Infolge seiner Initiative wurden in Częstochowa bereits seit 1910 Abendkurse für technisches Zeichnen und abendliche Fortbildungskurse für den handwerklichen Nachwuchs veranstaltet. Der Verband richtete für seine Mitglieder eine Bibliothek und einen Leseraum ein und organisierte einen Theater- sowie einen Gesangszirkel.<sup>65</sup>

<sup>62</sup> *Spr. IKR za rok 1937*, Kielce 1938, S. 142.

<sup>63</sup> B. Sikorski, *Rzemiosło warszawskie II Rzeczypospolitej* [Das Warschauer Handwerk der Zweiten Polnischen Republik], in: *Warszawa II Rzeczypospolitej 1918-1939* [Warszawa der Zweiten Polnischen Republik 1918-1939], H. III, Warszawa 1971, S. 88-89.

<sup>64</sup> APK UWK I, Signatur 3078, Bl. 9-41, 168-175.

<sup>65</sup> Archiwum Państwowe w Częstochowie [Staatsarchiv in Częstochowa], Akta Okręgowego Towarzystwa Rzemieślniczego [Akten des Bezirkshandwerksverbands], Signatur OT. Rzem. Cz. 11, Bl. 9, 26; Signatur OT. Rzem. Cz. 17, Bl. 35-37.

Eine große Leistung des Verbands war die Errichtung im Jahre 1937 des Hauses des Handwerks (Dom Rzemiosła) in der Kościuszki-Straße, in das die Büros der Innungen verlegt wurden. In dem neuen Gebäude fand in der Zeit vom 15. August bis zum 15. September 1938 eine Ausstellung unter dem Titel „Pokaz wytwórczości rzemiosła i drobnego przemysłu” [Vorführung der Erzeugung des Handwerks und der Kleinindustrie] statt. Dank dieser Veranstaltung gewannen viele ortsansässige Handwerker neue Erwerber ihrer Artikel. Die zweite Wojewodschaftsversammlung des Handwerks, die im Jahre 1933 in Częstochowa stattfand, sprach dem Bezirks-handwerksverband Częstochowa (Okregowe Towarzystwo Rzemieślnicze w Częstochowie) „ihr höchstes Lob” für dessen Tätigkeit für das Wohl Polens und des Handwerks aus.<sup>66</sup>

1933 erklärte die Regionalversammlung Selbständiger Christlicher Handwerker des Dombrowaer Kohlenbeckens (Regionalny Zjazd Samodzielnych Rzemieślników Chrześcijan Zagłębia Dąbrowskiego) das Genossenschaftswesen für eine der besten Formen der kollektiven Zusammenarbeit und animierte Handwerker dazu, Kredit- und Produktionsgenossenschaften zu bilden. Diskutiert wurde die Notwendigkeit, Wojewodschafts- und Kreisräte des christlichen Handwerks ins Leben zu rufen. Man forderte entsprechende Kredite und Absatzmärkte für die handwerkliche Produktion.<sup>67</sup>

Auf Sitzungen und Versammlungen der Handwerksorganisationen wurden Forderungen an Staat und Kommune gestellt. Man strebte eine Konsolidierung an, doch unter Beibehaltung der Einteilung in separate christliche und jüdische Organisationen. Ein Ausdruck der Vereinigungsbemühungen war ebenfalls die Tagung der Wojewodschaftsversammlung Jüdischer Handwerker (Wojewódzki Zjazd Rzemieślników Żydów), die im Oktober 1922 in Kielce stattfand. In der verabschiedeten Resolution wurde die Notwendigkeit der Senkung der Einkommens- und Umsatzsteuer postuliert, sowie das Gewähren von der Bank der Landeswirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego) langfristiger Kredite für jüdische Handwerker, die Abschaffung der gefängniseigenen Handwerkerwerkstätten und die Senkung der Miete um 30% gefordert.<sup>68</sup> Eine systematische Bildungsaktion in Form von Vorlesungen und Vorträgen wurde ebenfalls von dem Jüdischen Handwerksclub Radom (Żydowski Klub Rzemieślniczy w Radomiu) geführt, der Diskussionstreffen von religiösem, nationalem und historischem Inhalt veranstaltete.<sup>69</sup>

<sup>66</sup> F. Sobalski, *Z badań nad dziejami rzemiosła w Częstochowie* [Aus der Forschung über die Geschichte des Handwerks in Częstochowa], in: „Ziemia Częstochowska”, Bd. VI/VII, Częstochowa 1967, S. 79-81; B. Urbanowicz, *Rzemiosło w Częstochowie...* [Das Handwerk in Częstochowa...], S. 245-246.

<sup>67</sup> APK, UWK I, Signatur 3080, Bl. 609-610.

<sup>68</sup> APK, UWK I, Signatur 3160, Bl. 234.

<sup>69</sup> S. Piątkowski, *Dni życia, dni śmierci. Ludność żydowska w Radomiu w latach 1918-1950* [Tage des Lebens, Tage des Sterbens. Die jüdische Bevölkerung in Radom in den Jahren 1918-1950], Warszawa 2006, S. 126.

Zu den hauptsächlichen Statutaufgaben der Handwerksverbände und -vereine gehörten die Sorge um das kulturelle Niveau der Handwerker, die Einrichtung von Bibliotheken und das Wecken der Leselust. Eine relativ große Aktivität in der Gründung von Bibliotheken zeigten jüdische Handwerksorganisationen. Die Filiale des Verbands Jüdischer Handwerker Bodzentyn (Oddział Związku Rzemieślników Żydów w Bodzentynie) gründete bereits im Jahre 1923 eine Bibliothek samt Leseraum für Verbandsmitglieder, dessen Familien, Gesellen und Lehrlinge. 1926 eröffnete der Verband Jüdischer Handwerker Będzin (Związek Rzemieślników Żydów w Będzinie) eine Bibliothek. Diese Bibliothek und der dazugehörige Leseraum waren für jene Zeiten gut ausgestattet. Ihre Bücherbestände betragen im Jahre 1930 bereits 488 Bände in hebräischer Sprache. Eine eigene Bibliothek besaßen ebenfalls jüdische Handwerker in Koziencice. Ihr 247 Bände zählender Buchbestand wurde zweimal pro Woche in den Räumlichkeiten des Verbands Jüdischer Handwerker (Związek Rzemieślników Żydów) zur Verfügung gestellt. Der Jüdische Handwerksclub Radom (Żydowski Klub Rzemieślniczy w Radomiu) verfügte über eine Bibliothek, die 1930 bereits 847 Volumina und 48 Leser zählte. Jener Buchbestand stand gegen Gebühr fünfmal in der Woche zur Verfügung.<sup>70</sup> Aus Mangel an Quellenmaterial fällt es schwer festzustellen, wie groß die Beteiligung der christlichen Handwerksorganisationen an der Gründung von Bibliotheken war und in welchem Ausmaß sie zum Wecken literarischer Interessen bei ihren Mitgliedern beigetragen hatten.

Die Belange der christlichen Kaufmannschaft wurden auf dem Gebiet der Wojewodschaft Kielce vor allem von Filialen des Vereins Polnischer Kaufleute und der Christlichen Einzelkaufmannschaft (Stowarzyszenie Kupców Polskich i Detalicznego Kupiectwa Chrześcijańskiego) repräsentiert. Die jüdische Kaufmannschaft vertraten dagegen Filialen des Verbands Polnischer Kaufleute (Związek Kupców Polskich) und der Zentrale der Kleinhändler und -kaufleute (Centrala Drobnych Kupców i Handlarzy). Jene Organisationen waren nicht nur das Sprachrohr der kaufmännischen Interessen, sondern auch ein Faktor, der sich brennend für politisch-soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten des Staates sowie für die Ausbildung des Arbeitspersonals für den Handel interessierte.<sup>71</sup>

Die Kaufmannsorganisationen der Wojewodschaft Kielce beteiligten sich aktiv an der Aktion, die die Werbung für die Staatsanleihe im Jahre 1920 und die Volksabstimmungssteuer im Jahre 1921 zum Ziel hatte. Die Filiale des Vereins Polnischer Kaufleute Kielce (Oddział Stowarzyszenia Kupców Polskich w Kielcach) rief beispielsweise am 12. Mai 1920 eine Kommission ins Leben, deren

---

<sup>70</sup> *Biblioteki oświatowe. Spis na dzień 1 stycznia 1930 r.* [Bildungsbibliotheken. Verzeichnis für den 1. Januar 1930], Warszawa 1932, S. 35-48.

<sup>71</sup> J. Chodorowski, *Struktura wewnętrznego handlu towarowego w Polsce* [Die Struktur des inländischen Warenhandels in Polen], Warszawa 1938, S. 131, 141; J. Schiper, *Dzieje handlu żydowskiego na ziemiach polskich* [Die Geschichte des jüdischen Handels auf polnischem Boden], Warszawa 1937, S. 694-701.

Aufgabe im Propagieren der Anleihe unter der Kaufmannschaft bestand. Bis Ende Mai jenen Jahres zahlten die Mitglieder des Vereins 294 Tsd. Mark für die Staatsanleihe ein.<sup>72</sup> 1921 besteuerten sich der Verein Polnischer Kaufleute (Stowarzyszenie Kupców Polskich) und der Verein der Fabrikanten und Kaufleute Częstochowa (Stowarzyszenie Fabrykantów i Kupców w Częstochowie) zugunsten der Plebiszitskampagne. In Częstochowa wurde ebenfalls eine große Spendenaktion veranstaltet, deren Ertrag für die Volksbefragung in Oberschlesien bestimmt wurde.<sup>73</sup> Kaufmannsorganisationen unterstützten auch das Berufsschulwesen. Im Jahre 1920 besteuerte sich die Kaufmannschaft der Wojewodschaft Kielce freiwillig zugunsten der Berufshandelschulen in Höhe von 15% des Aufschlags zu den von Kaufleuten erworbenen Patenten.<sup>74</sup>

Den Berichten der Landräte (Starosten) zufolge, gehörten Filialen des Verbands Polnischer Kaufleute (Związek Kupców Polskich) und des Verbands der Klein Händler und -kaufleute (Związek Drobnych Kupców i Handlarzy), die in Będzin, Częstochowa, Kielce, Sandomierz, Sosnowiec, Radom und Zawiercie tätig waren, zu den aktivsten, die Belange der jüdischen Kaufleute vertretenden Organisationen.<sup>75</sup> In der Zeit der Wirtschaftskrise entfalteten sie eine besonders rege Aktivität. Ein Ausdruck jener Tätigkeit waren zahlreiche, an Verwaltungsbehörden gerichtete Petitionen, in denen die Senkung der Steuern, das Gewähren von Krediten zu günstigen Bedingungen und die Abschaffung illegaler Handelsvermittler gefordert wurden. In der Resolution der Tagung der Klein Händler und -kaufleute des Dombrowaer Kohlenbeckens (Drobni Kupcy i Handlarze Zagłębia Dąbrowskiego) vom März 1930 liest man: „Der Handel steckt in einer sehr schweren Krise, wovon die von Tag zu Tag steigende Zahlungsunfähigkeit und Betriebsauflösung zeugen. [...] Die auf der Tagung Versammelten finden es unbedingt nötig, entsprechende Faktoren auf die Notwendigkeit hinzuweisen, sofortige Maßnahmen zu treffen. Sie unterstützen voll und ganz die Postulate, die im Dezember 1928 auf der Gesamtpolnischen Versammlung der Kaufmannschaft in Warszawa aufgestellt wurden und beschließen infolgedessen die Notwendigkeit, ab dem 1. Juni 1930 die Umsatzsteuerrate bis auf 1% im Falle des Einzelhandels und auf 0,5% für den Lebensmittelhandel zu senken, sowie die Industriesteuer abzuschaffen“.<sup>76</sup> Organisationen aus anderen Ortschaften schickten an den Staat Resolutionen von ähnlichem Inhalt. Man forderte die Abschaffung des illegalen Handels. Das im Februar 1932 bei dem

<sup>72</sup> „Gazeta Kielecka”, 1920, Nr. 108.

<sup>73</sup> „Goniec Częstochowski”, 1921, Nr. 92.

<sup>74</sup> „Gazeta Polska”, 1920, Nr. 61; „Goniec Częstochowski”, 1921, Nr. 132.

<sup>75</sup> APK UWK I, Signatur 3061, *Pisma starostów z lat dwudziestych do wojewody kieleckiego dotyczące rejestracji stowarzyszeń i związków kupieckich* [Schreiben der Starosten aus den 20er Jahren an den Wojewoden von Kielce, die Registrierung der Kaufmannsvereine und -verbände betreffend].

<sup>76</sup> APK UWK I, Signatur 3061, *Rezolucja ze zjazdu Drobnych Kupców i Handlarzy Zagłębia Dąbrowskiego z 2 marca 1930 r.* [Die Resolution der Tagung der Klein Händler und -kaufleute des Dombrowaer Kohlenbeckens vom 2. März 1930].



Wojewoden von Kielce ins Leben gerufene lokale Komitee zur Bekämpfung des illegalen Handels, Handwerks und der illegalen Industrie war bedauerlicherweise nicht imstande, dieses Problem zu lösen, da anstelle der aufgelösten illegalen Wirtschaftseinheiten neue entstanden. Die Tätigkeit des illegalen Handels und Handwerks resultierte aus Elend und Armut, und jene Phänomene konnten nicht mit Hilfe von Verwaltungsmethoden beseitigt werden. Um konkrete Hilfeleistungen für Kaufleute und Handwerker bemühten sich zinslose Kassen sowie Handwerks- und Handelsgenossenschaften.

### Zinslose Kassen und Handwerks- und Handelsgenossenschaften

Zinslose Kassen waren eine spezifische Form der Hilfeleistung, die die Unterstützung der ärmsten Handwerker und Kaufleute zum Ziel hatten. Seit Anfang der 20er Jahre wurden jene Kassen von jüdischen Organisationen aus verschiedenen Fonds gegründet, die aufgrund von Erbvermächtissen, Schenkungen sowie der Hilfe, die ihnen seitens jüdischer Organisationen aus den Vereinigten Staaten von Amerika zuteil wurde, gebildet wurden. 1927 waren in der Wojewodschaft Kielce 32 zinslose Kassen tätig, die 8.580 Darlehen über einen Betrag von 953.727 Zł, jeweils in Höhe von von 50 bis 300 Zł gewährten.<sup>77</sup> Es fehlt an vollständigeren Informationen bezüglich der Tätigkeit der Kassen in den 30er Jahren. Die fragmentarischen Daten weisen darauf hin, dass sie in der Zeit der großen Wirtschaftskrise eine bedeutende Rolle spielten, indem sie eine beachtliche Menge der ärmsten Handwerker und Kaufleute vor dem Konkurs schützten. Chaim Meir Zalberg beschreibt die Tätigkeit der Darlehenskasse in Koźienice in den Jahren 1936-1939 auf folgende Art und Weise: „Jene Institution war armen Kaufleuten und Handwerkern wohl bekannt. Wenn ein Wechsel fällig wurde, konnte man sich an die Kasse wegen eines Darlehens wenden. Der Gründer der zinslosen Kasse war 1936 Menasze Szapiro [...] Bei der Kasse schrieben sich viele Personen ein, die Einschreibgebühr betrug 5 Zł. Der Kassenfonds wurde auch durch die Tätigkeit eines Amateurtheaters unterstützt, dessen Einnahmen aus den Vorstellungen der Darlehenskasse übertragen wurden. Es wundert daher nicht, dass die Zahl der Mitglieder systematisch stieg. Das Kassenkapital vermehrte sich ebenfalls. Anfangs wurden Darlehen bis hin zu 100 Zł gewährt, aber kurz vor dem Krieg sogar bis zu 500 Zł“.<sup>78</sup>

In Radom nutzten im Jahre 1936 bereits 60 Handwerker und Kaufleute den Fonds der Zinslosen Darlehenskasse (Bezprocentowa Kasa Pożyczkowa), die bei

<sup>77</sup> J. Bornstein, *Kasy Bezprocentowych Pożyczek w Polsce subwencjonowane przez American Joint Distribution Committee (Amerykański Zjednoczony Komitet Rozdzielczy)* [Kassen Zinsloser Darlehen in Polen, die vom American Joint Distribution Committee (Amerikanisches Vereintes Verteilungskomitee) subventioniert wurden]; „Kwartalnik Statystyczny“, Bd. V, 1928, S. 1246.

<sup>78</sup> Ch.M. Zalberg, *Digemitus – chesedim – kase in Koźenic. Cum 27-tn jor-tag noch dem grojzamen hurban fun undzer gewezener hajm*, hrsg. v. B. Kapliński, Tel Aviv 1969, S. 192.

dem Verband Jüdischer Handwerker (Związek Rzemieślników Żydów) fungierte.<sup>79</sup>

Die christlichen zinslosen Kassen begannen in den Jahren der großen Wirtschaftskrise zu entstehen, doch erst seit 1936 geriet ihre Gründung wirklich in Schwung. Im August 1936 wurde in Warszawa die Vereinigung Christlicher Kassen für Zinslose Kredite der Republik Polen (Zjednoczenie Chrześcijańskich Kas Bezprocentowego Kredytu RP) registriert. Dem Statut der christlichen zinslosen Kassen zufolge beruhte ihre Aufgabe auf „Hilfeleistungen für Polen der christlichen Konfession in Form von gewährten zinslosen Darlehen zum Zweck der Gründung bzw. Leitung eines Handels-, Handwerks- oder Landwirtschaftsbetriebs, sowie der Erteilung beruflicher und juristischer Ratschläge“.<sup>80</sup> Im Jahre 1937 waren in Polen 320 christliche Kassen registriert, die 6.200 Darlehen über einen Betrag von 483 Tsd. Zł gewährten. Gegen Ende der Zwischenkriegszeit (1938) gab es in der Wojewodschaft Kielce 55 christliche und 92 jüdische Kassen für zinslose Darlehen. Diese Kassen gewährten Darlehen in Höhe von von 25 bis 200 Zł, die aus Mitgliederbeiträgen, Unterstützungsgeldern und aus ihnen von der Wirtschaftselbstverwaltung zur Verfügung gestellten Mitteln stammten.<sup>81</sup>

Kaufleute und Handwerker suchten auch im Genossenschaftswesen nach Unterstützung. Zwei Arten von Vereinen wurden diesbezüglich in Betracht gezogen: Produktions- sowie Handelsvereine (für Versorgung und Absatz). In der Wojewodschaft Kielce entwickelte sich die Genossenschaftsbewegung am frühesten im Dombrowaer Kohlenbecken. Die ersten Genossenschaften im Rahmen des Handwerks entstanden im Jahre 1923 auf Anregung des Verbands Jüdischer Handwerker (Związek Rzemieślników Żydów) in Będzin und Sosnowiec. Die in dem Genossenschaftsbetrieb „Bäcker“ Będzin (Spółdzielcza Wytwórnia „Piekarz“ w Będzinie) und in der Handwerksgenossenschaft „Surkopf“ Sosnowiec (Spółdzielnia Rzemieślnicza „Surkopf“ w Sosnowcu) vereinten Handwerker strebten eine Unabhängigkeit von dem spekulativen Anstieg der Rohstoff- und Werkzeugpreise an. Im Jahre 1926 wurde vom Verband Jüdischer Genossenschaftsgesellschaften (Związek Żydowskich Towarzystw Spółdzielczych) die Rohstoffgenossenschaft in Radom gegründet. 1928 entstanden unter jüdischen Handwerkern drei neue Produktionsgenossenschaften: der Bäcker in Kielce, der Schneider in Będzin sowie die Rohstoff- und Produktionsgenossenschaft „Czapnik“ Częstochowa (Surowcowo-Wytwórca Spółdzielnia „Czapnik“ w Częstochowie).<sup>82</sup>

<sup>79</sup> „Trybuna“, 1936, Nr. 112; S. Piątkowski, *Dni życia, dni śmierci...* [Tage des Lebens, Tage des Sterbens...], S. 70-71.

<sup>80</sup> *Kasy bezprocentowego kredytu* [Kassen für zinslose Kredite], in: *Księga Gospodarcza Polski. Informator Przemysłowo-Handlowy na rok 1939* [Wirtschaftsbuch Polens. Industrie- und Handelsführer für das Jahr 1939], hrsg. v. A. Jackowski, Warszawa 1939, S. 114.

<sup>81</sup> Ebd., S. 114-115; „Mały Rocznik Statystyczny“ 1939 [Kleines Statistisches Jahrbuch 1939], S. 210.

<sup>82</sup> A. Powalski, *Spółdzielczość żydowska w Polsce odrodzonej* [Jüdisches Genossenschaftswesen im wiedererstandenen Polen], in: *Żydzi w Polsce odrodzonej* [Juden im wiedererstandenen Polen], hrsg. v.

Die infolge der Wirtschaftskrise gemachten schlechten Erfahrungen ermöglichten es, den Konservatismus – vor allem unter polnischen Handwerkern, die bisher dem Genossenschaftswesen abgeneigt waren – zu überwinden. Der Anstieg der Bestellungen seitens Staat und Kommune war ebenfalls ein begünstigender Umstand. Die im Februar 1935 entstandene Mehrzweckgenossenschaft „Rzemiosło” [Handwerk] in Radom prosperierte dank der Ausführung von Bestellungen staatlicher und kommunaler Institutionen. Die Schustergenossenschaft „Wolbromianka”, die im Juni 1935 gegründet wurde, verdankte ihr Bestehen Lieferungen für das Militär. 1937 waren in der Handwerkskammer Kielce (Izba Rzemieślnicza w Kielcach) 15 Handwerksgenossenschaften registriert, unter denen Produktions- und Handelsgenossenschaften überwogen, die sowohl im Bereich der Produktion, als auch im Handel tätig waren. Hinsichtlich der gemachten Umsätze nahmen 3 Genossenschaften die führende Position ein: die Produktionshandwerksgenossenschaft „Handwerk” Radom (Wytwórcza Spółdzielnia Rzemieślnicza „Rzemiosło” w Radomiu) mit einem Umsatz von 56.193 Zł, die Genossenschaft Christlicher Schneider Skarżysko-Kamienna (Spółdzielnia Krawców Chrześcijan w Skarżysku-Kamiennej) mit 92.351 Zł Umsatz und die Genossenschaft Christlicher Schuhmacher Kielce (Spółdzielnia Szewców Chrześcijan w Kielcach) mit einem Umsatz von 73.202 Zł. Die Höhe der Mitgliedseinlagen war je nach Art der Tätigkeit der Genossenschaft unterschiedlich. Die höchsten Anteile hatten Schneider- (von 193 bis 399 Zł), die niedrigsten dagegen Schustergenossenschaften (von 10 bis 90 Zł). Die Höhe der Mitgliedseinlagen weist darauf hin, dass das gut prosperierende Schneidergenossenschaftswesen verhältnismäßig wohlhabende Handwerker vereinigte. Über das breiteste Aufgabenspektrum im Bereich der Versorgung und des Absatzes verfügte der Handwerksbasar (Bazar Rzemiosła). Dies war die Handelsorganisation des Handwerks für die Gebiete Kielce, Kujawien und Lublin (Kielecko-Kujawsko-Lubelska Organizacja Handlowa Rzemiosła) mit Sitz in Kielce, die seit August 1936 tätig war. Sie kümmerte sich um die Lieferung der Rohstoffe, Halbfabrikate und des Werkzeugs, sowie um das Propagieren und den Verkauf der Handwerkserzeugnisse in Großpolen. Diese Genossenschaft, die in Poznań eine Verkaufsstelle unterhielt, lieferte dort Artikel, für die in den westlichen Wojewodschaften Bedarf bestand.<sup>83</sup>

Produktions- und Handelsgenossenschaften waren ein Versuch, Kräfte und Mittel zu vereinigen, um dem Wettbewerb seitens großer Unternehmen die Stirn bieten zu können. Diese Genossenschaften entstanden hauptsächlich im Rahmen jener Branchen und Berufe, in denen Handwerker nicht imstande waren, sich einen Absatz ihrer Waren bei der Bevölkerung zu sichern. Die Mehrzahl deren waren

---

J. Schiper, Bd. II, Warszawa [kein Datum], S. 614; R. Renz, *Rzemiosło województwa kieleckiego...* [Das Handwerk der Wojewodschaft Kielce...], S. 124.

<sup>83</sup> *Spr. IRK za rok 1937*, Kielce 1938, S. 217; R. Renz, *Rzemiosło województwa kieleckiego...* [Das Handwerk der Wojewodschaft Kielce...], S. 126-127.

Genossenschaften aus der Schusterbranche, da die Schuhgeschäfte der Firma „Bata“ eine ernsthafte Konkurrenz für Schusterhandwerker darstellten, die meistens in Genossenschaftsorganisationen nach Rettung suchten. In anderen Berufen gründeten Handwerker Genossenschaften vor allem aus dem Grunde, um sich mit Rohstoffen sowie Material zu versorgen und dabei auf kapitalistische Vermittler verzichten zu können. Auf diesem Wege wollten sie die Produktionskosten senken. Aus denselben Gründen schlossen sie sich zum Zweck des Warenabsatzes zusammen.<sup>84</sup> Die Genossenschaftsbewegung hatte auch einen gewissen Einfluss auf die Konsolidierung des Handwerks und Handels, obwohl sie aufgrund ständiger Schwierigkeiten bei diesem Prozess keine wesentliche Rolle spielte.

Allgemein lässt sich feststellen, dass die Tätigkeit der besprochenen Organisationen nicht einheitlich war. In ihrem Rahmen gab es traditionelle sowie moderne Inhalte und Formen. Zu den traditionellen Aufgaben der Innungen, Vereine und kaufmännischen Verbände gehörte karitative Hilfe, die sich in der Gründung von Unterstützungs-, Sterbegeld- und Bestattungskassen usw. äußerte. Ein Ausdruck traditioneller Tätigkeit waren gemeinsame Feste, gesellige Zusammenkünfte und sogar die Art und Weise, Versammlungen zu leiten. Zu den modernen Formen sozialer Tätigkeit sollten dagegen die von diesen Organisationen und der handwerklichen Selbstverwaltung veranstalteten Messen und Ausstellungen, sowie die unternommene Tätigkeit zugunsten der Förderung der Bildung und Kultur gezählt werden.

---

<sup>84</sup> K. Sokołowski, *Rzemieślnicze spółdzielnie handlowe* [Handelsgenossenschaften des Handwerks], Lublin 1937, S. 12; Z. Andrzejewski, *Spółdzielczość rzemieślnicza w Polsce* [Das Handwerksgenossenschaftswesen in Polen], Warszawa 1947, S. 47.